

forum

Bildung
statt
Aufsicht!



Als „forum“-Redaktion weisen wir an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass die Fotomontage auf Seite 28 der letzten Ausgabe ausschließlich auf Hinwirken von uns, der „forum“-Redaktion, mit dem nebenstehenden Artikel „Erfahrungsbericht einer HSU-Lehrkraft“ miteinander in Verbindung gebracht worden ist. Weder die berichtende Lehrkraft noch der Ausschuss LEMK noch eines der Ausschuss-Mitglieder hat dies zu verantworten.



„Frieden! Die Erde hat den Krieg satt.“ vom französischen Künstlerkollektiv „Grapus“, 1989

Liebe Kolleg*innen,

auch an der ehrenamtlich tätigen Redaktion des „forum“ geht der berufliche Stress nicht spurlos vorbei. Darauf ist auch zurückzuführen, dass wir es nicht geschafft haben, uns an unsere ursprüngliche Planung zu halten. Diese Ausgabe erreicht euch daher mit erheblicher Verspätung.

Dass die Drucklegung verschoben werden musste, hat aber auch Vorteile: Die Fristverlegung für Kandidaturen zum GfV konnte noch mit aufgenommen werden (vgl. letzte Umschlagseite), wir waren somit in der Lage, euch noch einen eigenen Bericht vom LandesGEWerkchaftstag zu bieten, und folglich habt ihr nun eine informative Lektüre für den Sommer!

Worüber die Redaktion lange gegrübelt hat, war die Frage, welches Thema wir auf's Titelfeld bringen und zum inhaltlichen Schwerpunkt dieser Ausgabe machen. Die Wahl lief auf den Ukraine-Krieg bzw. die Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) hinaus. Da weder das eine noch das andere Thema viel Positives zu bieten hat, entschieden wir uns schlussendlich für die Tarifrunde SuE, von der rund 50 Berufsgruppen betroffen sind. Dazu findet ihr einen kritischen Artikel eines Kölner Kollegen sowie einen sehr authentischen Bericht von einer Kölner Kollegin aus ihrem beruflichen Alltag.

Doch auch am Ukraine-Krieg kommen wir nicht vorbei. Hierzu liefern wir mit diesem „forum“ nicht nur zwei Solidaritätsschreiben, die von Seiten der GEW in die Ukraine und nach Russland gegangen sind, sondern auch einen Beitrag zur Debatte, ob Waffenlieferungen das Gebot der Stunde sind oder Alternativen im Raum stehen.

Wir wünschen allen eine erholsame Sommerzeit!

Eure „forum“-Redaktion

forum 2-2022

IN KÜRZE	
Kölner Kollegin ist neue GEW-Vorsitzende in NRW	4
KONTAKTE	
Gremien zum Mitmachen	6
TITELTHEMA	
Systemfehler Kita	7
Dies wollten wir	9
Das kam am Ende dabei heraus	10
AUS DEN GREMIEN	
Jobticket	12
Das war der NRW-GEWerkchaftstag	13
Solidarität mit den Uniklink-KuK	15
GEW-Mitglied ist neuer DGB-Jugendvorsitzender	16
Der Kölner Schulentwicklungsplan	18
Monitoringbericht	19
BILDUNGSPOLITIK	
Baustelle Grundschule	22
Baustelle Bildung / 1. Mai / Landtagswahl	23
Podiumsdiskussion Diskriminierungsschutz	25
Berliner Streik für kleinere Klassen	27
RECHTLICHES	
Was ist BEM?	29
Alimentation und Stufenerhöhung	30
GESELLSCHAFT	
Solidarität mit russischen Lehrkräften gegen den Krieg	31
Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften	32
Sozialer Widerstand statt Waffen	33
Klimafreundliche Arbeitsplätze – JETZT!	35
Gedanken zum 9-Euro-Ticket	38
INTERNATIONALES	
Lehrkräfte-Streik in Belgien	39
Brief an iranische Botschaft	40
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	
Einladung zur Mitgliederversammlung	44



радысты мы пачынаем лисходзіць у Украіне. Мы восхіцаемся доўга і інтэнсіўна абсуджалі, як рофсаюза в Германіі) адносімся к юфсаюзной пазіцыі: Дзеньгі на здрав і войну!

«но касацца всех сторон, потыму что от что продает оружие. Страдают "просто" і самі.

31 года 2022 інфляцыя в Ге... даплата они хотел



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46
Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein
Titelbild: Vanessa Löw; „Wir danken Dir für Deine tatkräftige Unterstützung beim Kitastreik und für die tollen Plakate!“
Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07
Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln
Layout: Atelier Goral, Köln
Ausgabe 3/2022
Redaktionsschluss: 17.06.2022
Erscheinungstermin: 05.09.2020



!

Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.

Termine unserer nächsten forum-Ausgaben:

Ausgabe 3/2022
Redaktionsschluss: 17.06.2022
Erscheinungstermin: 05.09.2022

Ausgabe 4/2022
Redaktionsschluss: 28.10.2022
Erscheinungstermin: 05.12.2022



Fotowettbewerb: „Menschen in der GEW“

Für den GEW-Kalender 2023 werden Fotografien von Menschen in der GEW gesucht, die eine emotionale Haltung spiegeln, eine positive Stimmung haben und uns Zuversicht, Mut und Hoffnung vermitteln. Erzählt mit Fotografien, wie kreativ und bejahend GEW-Mitglieder die Zukunft gestalten.

Du möchtest dein Foto im Kalender 2023 sehen? Dann sende uns dein Foto (in Farbe und als Querformat) bis zum 31. Juli 2022 an fotokalender@gew.de!

Mit der Einsendung erklärt die Einsenderin bzw. der Einsender, dass sie bzw. er alle Rechte am Bild besitzt.

Achtung: SPAM

Leider landen unsere E-Mails, die wir von unserer GEW-Geschäftsstelle aus versenden, immer häufiger in den Spam-Ordern der Empfänger. Dies führt bei vielen dann zur Verärgerung: „Warum antworten die nicht?“ oder „Das dauert ja ewig, bis ich eine Rückmeldung bekomme!“ Ein Problem für uns, da wir immer sehr schnell antworten. Hier also der Aufruf: Schaut bitte auch immer regelmäßig in euren Spam-Ordner und sollten unsere E-Mails dort gelandet sein, kennzeichnet diese in den jeweiligen E-Mail-Programmen als „KEIN SPAM“, um das künftig auszuschließen.

Du fotografierst gerne? Dann bist Du bei in der GEW-Fotogruppe genau richtig!

Wir sind ein freier Zusammenschluss von ehren- und hauptamtlichen Fotograf*innen. Wir haben uns 2018 gegründet. Wir haben uns dem Ziel verpflichtet, Fotografien mit gewerkschaftspolitischem und ästhetischem Anspruch für die GEW aufzunehmen. Dabei geht es auch um die kontinuierliche Weiterentwicklung der Bebilderung von Themen der GEW. Und wir treffen uns ein bis zweimal im Jahr und qualifizieren uns mit spannenden Referent*innen. Es lohnt sich!

Wenn Du mitmachen willst: Melde Dich einfach per E-Mail bei Brittney.Johnston@gew.de
Mehr Infos zur GEW-Fotogruppe unter: www.gew.de/fotogruppe

Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick - leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen (gew-koeln.de)!



Ayla Çelik

Ayla Çelik als Vorsitzende der GEW NRW wiedergewählt

Nachdem unser Kölner Mitglied Ayla Çelik 2021 aufgrund des Wechsels von Maike Finnern zur Bundesebene den Landesvorsitz der GEW NRW übernommen hatte, wurde sie auf dem Landesgewerkschaftstag im Mai dieses Jahres mit hervorragendem Ergebnis als Vorsitzende der GEW NRW wiedergewählt. Wir freuen uns sehr über deine Wahl, liebe Ayla, und wünschen dir weiterhin viel Erfolg in deiner so wichtigen wie herausfordernden Arbeit als Vorsitzende der GEW NRW! Deine „Homezone“ Stadtverband Köln

Auf dem Wuppertaler Gewerkschaftstag wurden auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der GEW NRW neu gewählt: Mit Kerstin Salchow und Stephan Osterhage-Klingler ist der Landesvorstand nun komplett.

Kerstin Salchow, Jahrgang 1969, hat, nach einer Ausbildung zur Pharmazeutisch-Technischen Assistentin, Ernährungswissenschaften in Bonn studiert. 2003 ist sie mit dem ersten Durchgang der Seitensteiger*innen an einer Hauptschule in Eitorf in den Lehrberuf eingestiegen. Ihre Fächer sind Biologie und Mathematik und durch zwei Qualifikationserweiterungen Chemie und Mathematik. Seit 2013 arbeitet sie an einer Gesamtschule in Oberpleis und seit 2016 ist sie Personalrätin bei der Bezirksregierung Köln. Für die GEW NRW ist Kerstin Salchow seit knapp 10 Jahre aktiv und arbeitet in den Referaten Schulrecht und Bildungsfinanzierung, Digitalisierung, dem Fachgruppenausschuss für Gesamtschulen sowie dem Landes- und Bundesfrauenausschuss.

Stephan Osterhage-Klingler, Jahrgang 1975, hat in Dortmund Sonderpädagogik (Schwerpunkte emotionale und soziale Entwicklung und Lernen) studiert. Seit 2002 hat er an einer Förderschule emotionale und soziale Entwicklung im Primarbereich in Detmold gearbeitet und seit 2012 ist er Personalrat bei der Bezirksregierung Detmold. In der GEW NRW ist Stephan Osterhage-Klingler seit dem Beginn seines Referendariats im Februar 2002. Seitdem hat er auf Kreis und Bezirksebene verschiedene Aufgaben übernommen und seit dem Gewerkschaftstag 2019 ist er Mitglied im Leitungsteam der Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe und leitet das Referat „Schulrecht, Bildungsfinanzierung und -statistik“.



Kerstin Salchow



Stephan Osterhage-Klingler

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Nick Bauermeister, bauermeister@posteo.de

Eva Caspers, ecaspers@web.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693, thorsten@albersmann.koeln

Katja Nielsen, 0221-5506556, katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Esther Trost, esthertrost@posteo.de

Sarah Karim, sarah.karim@gmx.de

Ulrike Wesch, ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

Julian Gurster, julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster, julianguerster@gmx.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder, treder.silvia@gmail.com

Hasan Taşkale, taschkale@gmx.de, 02204-55869

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloekener@online.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Anne Ratzki, annrat@gmx.de

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net



Systemfehler Kita

// Lena Maubach, GEW-Mitglied zum Kita-Streik am 29.3.22

Ich möchte einmal den Begriff „Systemfehler“ an den Verhandlungstisch bringen. Ein Beispiel aus Kindersicht soll es einmal praxisnah schildern:

David, 5 Jahre kommt in mein Büro:

„Lena, ich soll dich holen kommen.“

Ich. „Warum, was ist passiert?“

„Der Toni muss gewickelt werden und Moritz haut die Kinder und du sollst kommen, hat Sabrina gesagt.“

Sabrina ist Fachkraft in der Gruppe für 2- bis 6-Jährige. Ich lasse alles liegen und mache mich auf den Weg. Sabrina räumt gerade die Bauklötze weg und sagt „damit die

nicht gleich hier rumfliegen, Moritz hat 'nen schlechten Tag.“ Ich nicke und weiß, was sie damit eigentlich sagen möchte.

Eigentlich wollte sie sagen: „Ich bin alleine! Wie soll ich all dem hier gerecht werden? Der eine braucht eine neue Windel, der andere Begleitung beim Frühstück, den Konflikt von Moritz kann ich nicht ansatzweise pädagogisch begleiten und der kleinen Marie fällt der Abschied von der Mutter noch sehr schwer. Ja, und Anton weint, weil er von Moritz gehauen wurde.“

Ich schaue mich im Gruppenraum um, überall flackern kleine Brandherde auf. Ein Kind weint, es wird gezankt um die gelben Bügelperlen, am Frühstückstisch kippt das Milchkännchen um und die kleine Lea

kommt zu mir und braucht ein Pflaster und das Telefon klingelt. Im Türrahmen lehnt ein Vater und möchte kurz mit Sabrina über das anstehende Elterngespräch reden. In all dem Trubel rennt Moritz aufs Außengelände und tritt die Beschilderung der dort wachsenden Pflanzen im Kitagarten um. Ich kann nicht hinterher!

Sabrina kommt wieder und arbeitet sich tapfer durch die Brandherde durch. Als sie fertig ist, kommt sie auf mich zu: „Lena, danke, du kannst jetzt wieder gehen.“ Ich schaue sie an und sage: „Wenn was ist, schick bitte ein Kind!“ Sie nickt und sagt: „Eventuell um 13.30 Uhr, da wollte ich den Lesezyklus machen und im Anschluss noch das Vorschulreffen mit den VK besprechen.“ Wir klären





kurz, wie wir es machen. Es ist ein Spagat: Vier Fachkräfte krank und die Teilzeitkräfte sind ab 14 Uhr weg. Und ich muss noch den Unfallbericht fertig machen ...

Kaum im Büro angekommen, will ich nur schnell die Statistik für die Lolli-Testung eintippen, da steht Moritz im Büro.

Ich sage: Hallo Moritz, was machst du hier?“

Er: „Ich war draußen und habe alles kaputt gemacht.“

Ich: „Ja, das habe ich gesehen.“

Er: „Alles ist jetzt verbuddelt, Sabrina muss das gleich suchen.“

Ich: „Warum hast du das gemacht?“

Er: „Weiß nicht, egal.“

Ich: „Du weißt doch, dass Sabrina alleine ist.“

Er: „Egal. Die Kinder waren so laut und Sabrina sollte mit mir lesen.“

Ich: „Und dann haust du Anton und wirfst Sachen durch den Raum?“

Er: „Ja, weil ich es doof finde, dass Sabrina keine Zeit hat.“

Ich schaue ihn an und sage: „Wenn du magst, können wir eine Runde Uno spielen.“

Er nickt und willigt ein.

Am Nachmittag muss ich an das Gespräch mit Moritz denken. Und an die Situation am Morgen. Es ist doch verheerend, wie bescheuert sind wir eigentlich, dass wir diesem System, das auf so wackligen Stelzen gebaut ist, immer wieder Halt geben wollen! Dieses System ist „auf Kante genäht“ und wir lassen es zu, dass wir:

- mit 20 Kindern alleine arbeiten
- Strukturen aufgreifen, die nichts mit pädagogischen Prozessen zu tun haben
- hauswirtschaftliche Tätigkeiten abdecken
- Grauzonen definieren müssen
- situatives Arbeiten betreiben, statt Brandherde aufzulösen
- Projekteinheiten mal eben so nebenher abhalten, ohne sie pädagogisch und methodisch geplant zu haben
- alleine durch den pädagogischen Alltag führen
- nebenher noch ein Kreativ-Angebot wuppen

Damit ich ans Whiteboard schreiben kann, was alles pädagogisch trotz des Trubels noch stattgefunden hat, weil der Kunde das Recht auf Bildung hat! Wo ist MEIN Recht, dass ich eine Struktur habe, in der ich mein Fachwissen sowie meinen Beruf so ausüben kann, wie ich es gelernt habe? Wen belügen wir hier? Die Eltern, die Kinder und uns? Warum tun wir das? Weil wir Teil dieser Bildungslüge geworden sind und nun versuchen, dieses mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten.

Ich will das nicht mehr. Schon lange werde ich meinem Verständnis von frühkindlicher Bildung nicht mehr gerecht. Es ist die Bewältigung von Krisen, die schon vor der Pandemie da waren, aber nun nochmal verschärft wurden.

Daher fordere ich vom Arbeitgeber:

- mehr Investitionen in den Erwerb von Fachkräften
- den Fachkraft-Kind-Schlüssel zu ändern
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Tätigkeitsfelder aufsplitten, um Grauzonen zu verhindern
- mehr ins Gespräch kommen, was wird vor Ort gebraucht
- welche Raumausstattung wäre sinnvoll
- Arbeitsgruppe, die Fachkraft mit einschließt
- Anerkennung von akademischen Abschlüssen
- Onboarding-Prozesse optimieren
- pädagogische Kompetenzen nutzen, um Qualität zu sichern



Was wir fordern!

Beim zentralen TVÖD-Streik in Gelsenkirchen am 11. Mai traten unsere GEW-Mitglieder kämpferisch auf und stellten lautstark ihre Forderungen. // **Lena Maubach und Sabine Kampschulte**



L: Kurze Vorstellung meinerseits: Lena Maubach, 35 Jahre alt. Erzieherin. Fachwirtin im Erziehungswesen. Kindheitspädagogin und Familienbildnerin.

S: Mein Name ist Sabine Kampschulte. Ich bin seit 35 Jahren Erzieherin, jetzt Kita-Leitung und ich habe selbst erlebt, wie die Arbeit immer mehr und die Rahmenbedingungen immer schlechter wurden.

L: Während der Pandemie und auch schon davor habe ich ständig gehört: „Ihr Erzieher*innen seid systemrelevant und eine große Stütze für die Gesellschaft!“ Warum merke ich davon nichts in der täglichen Arbeit? Immer wieder arbeite ich alleine in der Gruppe, weil meine Kolleg*innen in Urlaub, auf Fortbildung oder krank sind.

S: Wir fordern Personal für Urlaubs- und Fortbildungstage!

L: Ich soll jedes Kind individuell bilden, aber bei 25 Kindern in der Gruppe bleibt für das einzelne Kind wenig Zeit, wenn ich alleine bin. Außerdem soll ich für jedes Kind eine BD erstellen und mit jeder Familie ein Entwicklungsgespräch führen.

S: Wir fordern deutlich mehr Vorbereitungszeit für mehr Qualität!

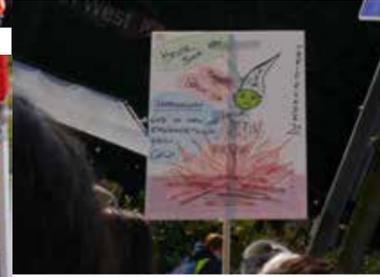
L: Ich leite junge motivierte Menschen an, die mir nach wenigen Monaten sagen: „Das tue ich mir nicht an.“

S: Wir fordern, dass sich die Rahmenbedingungen verbessern, damit junge Menschen nicht nur Erzieherin oder Erzieher werden, sondern es auch bleiben!

L: Dieses System ist auf Kante genäht! Aber ich will, dass die Arbeitgeber aufwachen und sich um die dringend notwendigen Verbesserungen kümmern! Meine Kolleg*innen und ich möchten keine Verwahranstalt sein, sondern einen Ort bieten, an dem Bildung einen Platz hat.

Liebe Arbeitgeber, handeln Sie jetzt und kommen Sie mit uns ins Gespräch!

Wir sind bereit für wertschätzende Verhandlungsrunden.



Die Tarifeinigung im Überblick:

- Ab dem 1. Juli 2022 erhalten Beschäftigte in der EG S 2 bis S 11a eine monatliche Zulage in Höhe von 130 Euro;
- Ab dem 1. Juli 2022 erhalten Beschäftigte in der EG S 11b, S12, S 14 und S 15, Fallgruppe 6 eine monatliche Zulage in Höhe von 180 Euro;
- Alle Beschäftigten erhalten rückwirkend zum 1. Januar 2022 zwei zusätzliche freie Tage („Regenerationstage“) pro Jahr;
- Ab dem 1. Juli 2022 gibt es die Möglichkeit, die Zulage in bis zu zwei weitere freie Tage umzuwandeln;
- Die Stufenlaufzeiten werden ab dem 1. Oktober 2024 verkürzt und damit an die allgemeine Regelung des TVöD angepasst;
- Beschäftigte im Erziehungsdienst erhalten mehr Zeit für pädagogische Arbeit: 30 Stunden statt vorher 19,5 Stunden;
- Praxisanleitung in der S 8a, S 8b, S9 und S 11a für die Ausbildung von Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Sozialassistent*innen oder Heilerziehungspfleger*innen wird ab dem 1. Juli 2022 durch eine Zulage in Höhe von 70 Euro monatlich vergütet;
- Die ehemalige Heimzulage – jetzt Wohnzulage – wird auf 100 Euro bzw. 65 Euro erhöht und auf mehr Tätigkeiten ausgeweitet;
- Künftig erfüllen auch Kindheitspädagog*innen und Erziehungswissenschaftler*innen (BA/MA) die Qualifikationsvoraussetzungen für das Tätigkeitsmerkmal S 14 für Sozialarbeiter*innen mit Fallverantwortung;
- Die Eingruppierungsmöglichkeiten im Ganztags werden erweitert für Beschäftigte in der Ganztagsbetreuung in Schulen;
- Schulsozialarbeit, die Unterstützung/Assistenz von behinderten Menschen und die Unterstützung/Assistenz von Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen werden in den Katalog der schwierigen Tätigkeiten aufgenommen und erfüllen damit mindestens die Voraussetzung für die S 12;
- Gruppenleitungen in der Behindertenhilfe mit abgeschlossener Berufsausbildung und abgeschlossener Weiterbildung sind in der S 8a eingruppiert;
- Verbesserte Eingruppierungen von Sozialassistent*innen und Heilerziehungspfleger*innen;
- Höhere Tabellenwerte in der S 9 ab dem 1. Oktober 2024;
- Ausbildungszeiten im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildungsgänge zur Erzieher*in oder Heilerziehungspfleger*in gelten als Berufserfahrung;
- Die praxisintegrierte Ausbildung zur Heilerziehungspfleger*in wird in den Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) aufgenommen.

Die vereinbarten Regelungen haben eine Laufzeit von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2026.

Ausblick

Im Januar 2023 stehen aber schon die nächsten regulären Tarifverhandlungen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vor der Tür. Dann geht es um die nächste Gehaltserhöhung für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst.



Enttäuschendes Tarifergebnis

Die Kolleg*innen in den Kitas, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und weitere sind mit hohen Erwartungen in die Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) gegangen und die Forderungen, die die Gewerkschaft entsprechend formuliert hatte, waren vielversprechend. // **Berkan Kar, Betriebsrat in einer Kita in freier Trägerschaft, Mitglied im GfV der GEW Köln und ver.di-Mitglied**

Im Zuge der Forderungsdiskussionen vor Beginn der Tarifrunde, während der Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite als auch bei den Streikaktionen wurden den pädagogischen Fachkräften in den Kitas bessere Rahmenbedingungen und Entlastung sowie finanzielle Aufwertung versprochen.

Was wurde erreicht? Finanzielle Aufwertung? Bei einer Inflationsrate von 74 % in Deutschland, wo die Kosten für Miete, Energie und Lebensmittel angestiegen sind? Auch zukünftig werden sich die Kommunalbeschäftigten die Mieten und die Energiepreise in ihrer eigenen Kommune nur schwer leisten können. Die tariflich erzielte „finanzielle Aufwertung“ liegt nun bei 130 Euro brutto und ist nur ein (Wermuts-)Tropfen auf dem heißen Stein.

Wenn alles teurer wird in Deutschland, dann müssten eigentlich auch unsere Arbeitsleitungen teurer werden. Dafür sind die Gewerkschaften zuständig. Sie müssten mit ihren Tarifergebnissen für ein Minimum an

Inflationsausgleich Sorge tragen. In den letzten Jahren schlecht erzielte Tarifergebnisse werden uns Mitgliedern versucht schön zu reden. Bei der GEW werden leider noch nicht einmal die eigenen Mitglieder zu dem Tarifergebnis befragt. Viele Kolleg*innen wollen gegen das Tarifergebnis stimmen und wollen das Tarifergebnis nicht annehmen. Das sind Kolleg*innen, die Mitglied bei der Schwestergewerkschaft ver.di sind und von ihrer Gewerkschaft zu dem Tarifergebnis befragt werden. So ist die Stimmung unter den Beschäftigten. Die Kolleg*innen sind enttäuscht von dem Tarifergebnis, haben ihren Unmut über die Gewerkschaften geäußert. Viele Kolleg*innen, mit denen ich mich unterhalten habe, sagen, sie werden dagegen stimmen, denn dieses Tarifergebnis trägt leider nichts dazu bei, für Entlastung in ihrem pädagogischen Alltag zu sorgen. Personalmangel, nicht eingeräumte Vorbereitungszeiten, ständige Vertretung in anderen Gruppen: All dies werden unsere treuen Begleiter in unserem Kita-Alltag bleiben. Auch zwei

zusätzliche Entlastungstage können das nicht kompensieren.

Die Enttäuschung über das Tarifergebnis ist groß. Man kann nur hoffen, dass dieses Tarifergebnis nicht angenommen wird und die kommunalen Kitas folglich in den unbefristeten Streik gehen. Wie bei den Unikliniken in NRW. Ich hoffe, dass wir durch die Streiks endlich bessere Rahmenbedingungen bekommen.

Wir wollen pädagogisch arbeiten mit verbindlichen Vor- und Nachbereitungszeiten. Was wir jetzt gerade machen, ist oft nur Kinder-Aufbewahrung und hat leider mit Pädagogik fast nichts mehr zu tun.

Bis wir entlastende Rahmenbedingungen bekommen, müsste weiter gestreikt werden.

Jobticket für Lehrkräfte!?!

Am 18. März dieses Jahres hat das Amt für Schulentwicklung die Schulleitungen und Leitungen im Offenen Ganztag gebeten, eine „Grobabfrage“ unter den Kolleg*innen durchzuführen, was das Interesse an einem möglichen Jobticket angeht. Die Kölner GEW intervenierte und trug zur Verlängerung der Abfragefrist um einen weiteren Monat bei. Zu beobachten bleibt, welche Folgen die Abfrage nun haben wird. // **Die „forum“-Redaktion**



Wir dokumentieren das Schreiben der GEW Köln an das Amt für Schulentwicklung, das zur Verlängerung der Abfragefrist an den Kölner Schulen um einen ganzen Monat beigetragen hat:

„Köln, 8. April 2022

Liebe Damen und Herren des Schulamtes,

von Lehrkräften und Schulleitungen haben wir erfahren, dass die Stadt Köln eine Abfrage unter den Lehrkräften wegen des Interesses an einem Jobticket gestartet hat.

Erst einmal möchten wir betonen, dass wir die Überlegung, den Lehrkräften und auch weiterem schulischen Personal ein Jobticket zur Verfügung zu stellen, sehr begrüßen – wir als GEW fordern dies schon lange, ist es doch neben der Wertschätzung der Arbeit der Kolleg:innen ein dringend nötiges Mittel im Kampf gegen den Klimawandel und für die Mobilitätswende in Köln.

Dennoch sind wir sehr überrascht über die Kurzfristigkeit und kurze Laufzeit der Abfrage.

Uns ist bekannt, dass Amt für Schulentwicklung am 18.3. einen Infobrief an Schul-

leitungen und Leitungen im Offenen Ganztag versendet hat mit der Bitte um Rückmeldung aus den Kollegien bis zum 8.4.

Gleichzeitig ist uns bekannt, wie überlastet die Schulleitungen derzeit sind und dass viele Kolleg:innen erst Anfang dieser Woche (!) eine entsprechende Info ihrer Schulleitung erhalten haben und somit nur äußerst wenige Tage zur Rückmeldung hatten. Manche haben dieses Schreiben und die Abfrage auch gar nicht erhalten. Da auch die Kolleg:innen am Rande ihrer Belastungsgrenze und eigentlich schon darüber hinaus sind, befürchten wir, dass viele von dem Angebot und der Abfrage also wahlweise gar nichts erfahren haben oder die Info ihrer Schulleitung und die Kurzfristigkeit der Abfrage eventuell übersehen haben.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass wir es immens wichtig finden, eine solche Abfrage mit deutlich mehr Vorlauf zu starten, so dass sich die Kolleg:innen auch hierzu austauschen und entsprechend rückmelden können. Nicht auszudenken, wenn sich aufgrund der Kurzfristigkeit der Abfrage ein verzerrtes Bild ergibt, das den Anschein erweckt als sei das Jobticket gar nicht gewollt – denn dem ist nicht so, wie viele Rückmeldungen der letzten Jahre von Kolleg:innen zeigen.

Wir möchten Sie daher bitten, eine entsprechende Abfrage mit entsprechend mehr Vorlauf zu starten, um diesem so wichtigen Thema einen ausreichenden Stellenwert beizumessen und aussagekräftige Rückmeldungen zu erhalten.

Im Auftrag für die GEW Stadtverband Köln
Herzliche GEWerschafliche Grüße
Eva-Maria Zimmermann
Geschäftsführerin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln“



Landes-GEWerkchaftstag stellt Weichen neu – Kölner Kollegin zur neuen Landesvorsitzenden gewählt

Vier Tage nach der Landtagswahl stand ein für die Bereiche Bildung, Erziehung und Wissenschaft weiterer wichtiger Termin auf dem Kalender: Der Landes-GEWerkchaftstag, der bislang alle drei und künftig alle vier Jahre stattfindet. 400 Delegierte waren von ihren Stadt- und Kreisverbänden berufen worden, um die Weichen für die künftige Gewerkschaftsarbeit neu zu stellen. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Nachdem Maike Finnern, die bisherige GEW-Landesvorsitzende Anfang Juni 2021 zur Bundesvorsitzenden gewählt worden und nach Frankfurt gewechselt war, hatte der Vorstand der GEW NRW vergangenes Jahr ihre bisherige Stellvertreterin, Ayla Çelik, zu ihrer Nachfolgerin bestimmt.

Beim diesjährigen GEWerkchaftstag, der vom 19. bis 21. Mai in der Historischen Stadthalle Wuppertal stattfand, wurde Ayla nach einer kämpferischen Rede von den Delegierten nun mit fast 90 Prozent der Stimmen in diesem Amt bestätigt. Mit Kerstin Salchow kommt eine der beiden neu gewählten stellvertretenden Landesvorsitzenden ebenfalls aus dem Regierungsbezirk Köln. Zum zweiten

Stellvertreter der Kölnerin Ayla Çelik wurde der Sonderpädagoge Stephan Osterhage-Klingler aus Detmold gewählt.

„lautstark“ soll stärker gewerkschaftliche Themen aufgreifen

Neben weiteren Funktionen (vom Kassierer über die Leitungsteams der Landesausschüsse und -referate bis zu den Mitgliedern der Schiedskommission) wurde auch das Leitungsteam unseres landesweiten Mitgliederzeitungsmagazins, der „lautstark“, neu bestimmt. Hier wird der Kölner Stefan Brackertz von nun an aktiv mit von der Partie sein, der aus dem „Landesausschuss der Studierenden“ (LASS) kommt.



Was die „lautstark“ angeht, wurde aber auch festgestellt, dass das Heft „den Charakter einer Gewerkschaftszeitung verloren [hat] und [...] mehr zu einem Bildungsmagazin geworden“ ist. Der Antrag, dass „gewerkschaftspolitische Themen und beruflich-rechtliche Fragen [...] ab sofort wieder regelmäßig und prominent in der „lautstark“ veröffentlicht werden“ sollen, fand schließlich breite Zustimmung.

Organisationsgrad & Mobilisierungskraft erhöhen

Passend dazu wurde auch der vom Kölner GEW-Bezirksvorstand eingebrachte Antrag angenommen, den Organisationsgrad und die Mobilisierungskraft der Landes-GEW zu stärken. Die Delegierten votierten für das darin definierte Ziel, zu diesem Zweck „bis zur TV-L Tarifrunde 2023 [...] eine Kampagne mit dem Titel »Was habe ich mit der Tarifrunde zu tun?« zu konzipieren.

Neben der Stärkung der Vertrauensleutearbeit, Konzepten, wie auch Beamt*innen (z.B. mit Soli-Aktionen) mit einbezogen werden können, wird darin auch „eine frühzeitig angelegte beteiligungsorientierte Forderungsdebatte“ als Eckpunkt dieser Kampagne genannt, „die einen Austausch der Mitglieder rechtzeitig vor dem Forderungsbeschluss der Landestarifkommission ermöglicht“.

Das Problem Klimawandel wird aufgegriffen

Die meisten der beschlossenen Anträge drehten sich natürlich rund um die Themen Arbeitsbedingungen in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Personalausstattung, gute bzw. bessere Bildung und alles, was damit zusammenhängt. Der LandesGEWerkchaftstag von Wuppertal nahm aber auch den Klimawandel ins Visier. So wurde nicht nur beschlossen, dass „die GEW NRW [...] ihre Mitglieder frühzeitig vor dem nächsten Aktionstag von FFF aufruft, Unterrichtsgänge bzw. Exkursionen zu diesem Aktionstag anzumelden, damit wir mit unseren Schüler*innen, Studierenden daran teilnehmen können, ohne dass sie Repressalien aufgrund versäumten Unterrichts fürchten müssen“.

Auch der ebenfalls aus Köln eingebrachte Antrag „Klima“ fand Zustimmung, mit dem beschlossen wurde, dass die GEW NRW sich u. a. dafür einsetzt, „Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs am Arbeitsplatz und in den Betrieben“ zu ergreifen. Geschehen soll dies beispielsweise „über eine Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsträger*innen; auf dem Weg der betrieblichen Mitbestimmung; durch das Mittel des Arbeitskampfs bzw. als Bestandteil künftiger tariflicher Vereinbarungen“. Aber auch eine Kampagne mit dem Titel „Klimawandel auf betrieblicher Ebene entgegenwirken“ soll entwickelt und eine Handreichung für unsere Mitglieder, „aus der hervorgeht, wie und wann im eigenen Betrieb Abläufe verändert werden können, um den Energieverbrauch vor Ort zu senken“, erstellt werden.

Haben wir ein Demokratiedefizit?

Selten gab es bei einem Gewerkschaftstag unserer nordrhein-westfälischen GEW so wenige Anträge, die abgelehnt worden sind. Von den rund 80 Anträgen insgesamt fand nur ein einziger keine Mehrheit. Er trug den Titel „Befragung der betroffenen Mitglieder vor Beendigung der Tarifrunde“.

Die Antragsberatungskommission empfahl dazu die Ablehnung und begründete dies mit der Satzung der Bundes-GEW, aus der hervorgeht, dass die Bundestarifkommission bzw. der Koordinierungsausschuss mit seinen Mitgliedern aus den betroffenen Landesverbänden das letzte Wort über Annahme oder Ablehnung eines Tarifabschlusses hat.

In der Diskussion um diesen (ebenfalls vom Kölner GEW-Stadtverband eingebrachten) Antrag meldeten sich zahlreiche Delegierte zu Wort, von denen einige die Einflussmöglichkeiten der Mitglieder auf Entscheidungen der BTK gestärkt wissen wollten. Andere wiesen aber auch darauf hin, dass eine Mitgliederbefragung den im Streik inaktiven Mitgliedern die Möglichkeit bietet, am Ende noch Abläufe zu „zerschießen“.

Mit der Ablehnung dieses Antrags wird es nun zwar keine obligatorische Befragung der Mitglieder geben, ob ein Tarifergebnis angenommen oder abgelehnt werden soll. Dennoch hat die Debatte um diesen Vorschlag mit Sicherheit dazu beigetragen, die Kolleg*innen an der Basis künftig stärker in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Schließlich sind es die Mitglieder, die das größte Kapital einer GEWerkchaft sind!

„GEW Köln ruft ihre Mitglieder zur solidarischen Unterstützung der streikenden Kolleg*innen an den Unikliniken Nordrhein-Westfalens auf“

„Wir dokumentieren das Info-Anschreiben an unsere Mitglieder sowie die Solidaritätserklärung unseres Stadtverbands an die Beschäftigten der Unikliniken

// Die „forum“-Redaktion

An die Kolleg*innen der Unikliniken Köln, Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen und Münster
An ver.di Bezirk Köln-Bonn-Leverkusen & ver.di NRW
An den Arbeitgeberverband des Landes (AdL)
An die Landesregierung NRW

Solidarität mit den Krankenhausbeschäftigten in NRW! Tarifvertrag Entlastung JETZT!

Am 19.01.2022 haben die Beschäftigten der sechs Unikliniken in NRW (Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster) gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft ver.di der NRW-Landesregierung und dem Arbeitgeberverband ein Ultimatum von 100 Tagen gestellt, einen Abschluss eines Tarifvertrags zur Entlastung zu erzielen.

Nicht erst seit der Corona-Pandemie herrschen unhaltbare Zustände in den Kliniken. Die Pandemie hat diese aber noch einmal verschärft. Während im Frühjahr 2020 noch von den Balkonen für die Krankenhausbeschäftigten geklatscht wurde, hat sich bislang immer noch nichts grundlegend an ihrer Arbeits- und Belastungssituation geändert. Aufgrund der chronischen Überlastung kündigen immer mehr Fachkräfte, was den Personalmangel immer weiter verschärft – ein Teufelskreis, der nur durch einen Tarifvertrag Entlastung gestoppt werden kann.

Die GEW Köln ist solidarisch mit allen Beschäftigten im Gesundheitswesen und unterstützt die Kolleg*innen der sechs Unikliniken in ihrem Kampf für einen Tarifvertrag Entlastung! Wir fordern die Landesregierung und den Arbeitgeberverband dazu auf, in Verhandlungen mit unserer Schwestergewerkschaft ver.di zu treten und den Beschäftigten das zuzugestehen, was ihnen schon lange zusteht! Gemeinsam sind wir stark!

Mit herzlichen solidarischen Grüßen

Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin GEW Köln
im Auftrag für die Kolleg*innen der GEW Köln
Köln, den 27.1.2022

NACHTRAG

E-Mail vom 07.06.2022 an unsere Kölner GEW-Mitglieder:

„... Doch auch nach einem Monat Streiks haben die Arbeitgeber keinerlei Angebot vorgelegt:
<https://nrw.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++cf116524-e0c6-11ec-b717-001a4a160100>

Wir rufen euch alle damit zur Solidarität mit den Beschäftigten in den Unikliniken und ihrem Arbeitskampf auf – denn klatschen reicht nicht! Sprecht mit euren Kolleg*innen darüber, sendet Solidaritätsschreiben, beteiligt euch gerne an Streikundgebungen, wenn ihr Zeit habt! Die Kolleg*innen haben unsere volle Solidarität verdient und brauchen unsere Unterstützung! Wenn ihr auf dem neusten Stand sein wollt, sowohl, was Streikundgebungen als auch neuste Ereignisse im Tarifstreit betrifft, könnt ihr hier nachschauen:

<https://gesundheit-soziales-nrw.verdi.de/betriebe-und-tarifpolitik/unikliniken-nrw>

Herzliche Grüße
Eure GEW Köln“

Solidarität

Nachgefragt: Die neuen Vorsitzenden der DGB-Jugend Köln stellen sich vor

Die DGB-Jugend Köln hat einen neuen Vorsitz gewählt. Sercan Karaagac (GEW) wurde zum Vorsitzenden und Marc van Oirschot (IG BCE) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Wir haben mit den beiden über ihr ehrenamtliches Engagement in der Gewerkschaft sowie über die Pläne und Aufgaben für die Zukunft gesprochen. // **Laura Knöchel, DGB-Jugendbildungsreferentin**

Was sind Eure bisherigen Lebenswege?

SERCAN: Ich bin 'ne waschechte Kölsche Jung mit Migrationshintergrund. Ursprünglich kommt meine Familie aus dem kurdischen Teil der Türkei. Ich bin in Köln geboren und aufgewachsen. Nach meinem Realschulabschluss habe ich mein Fachabitur und ein FSJ gemacht, aktuell bin ich an meinem letzten Abi-Jahr dran.

MARC: Geboren wurde ich in Kempen am Niederrhein. In der Realschule habe ich meine Liebe für die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und Technik entdeckt. Ganz besonders hat mich dabei die Chemie begeistert, weshalb für mich in der Realschule schnell feststand, dass ich später mal in der Chemie arbeiten werde. Entsprechend habe ich nach dem Realschulabschluss eine Ausbildung zum Chemielaboranten begonnen, welche ich 2017 erfolgreich abgeschlossen habe. Neben der Ausbildung habe ich am Berufskolleg Stadtmitte in Mülheim an der Ruhr mein Fachabitur erworben.

„Unsere Gewerkschaften streiten für die Rechte von Arbeitnehmer*innen und sorgen dadurch für mehr Gerechtigkeit.“

Sercan

Wie bist Du zur Gewerkschaft gekommen?

SERCAN: Das war für mich selbstverständlich! Meine Eltern haben mich schon als Kind immer zu Demos oder Mitgliederversammlungen mitgenommen. Ob es eine Demo von ver.di zur Situation der Erzieher*innen oder eine Mitgliederversammlung der IG Metall war, wenn meine Eltern gingen, war ich auch dabei. Deshalb war der Schritt, Gewerkschaftsmitglied zu werden, wirklich kein großer.

MARC: Im ersten Ausbildungsmonat hat mein damaliger Betriebsratsvorsitzender alle neuen Auszubildenden eingeladen. Bei diesem Treffen hat er uns kurz die Vorteile der Gewerkschaft erklärt. Die Tatsache, mit meiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft dafür zu sorgen, dass die Arbeitswelt solidarischer wird, ist eine hervorragende Sache, wovon nicht nur ich, sondern auch meine Kolleg*innen profitieren. Zusammen mit den Leistungen war ich direkt davon überzeugt, die Gewerkschaft ist ein Mehrwert und spiegelt meine Werte wider, da trete ich gerne ein.

Warum engagiert Ihr Euch in der Gewerkschaft?

SERCAN: Weil gewerkschaftliche Arbeit wichtig ist! Unsere Gewerkschaften streiten für die Rechte von Arbeitnehmer*innen und sorgen dadurch für mehr Gerechtigkeit. Ohne den massiven Druck der Gewerkschaften hätte es z.B. den Mindestlohn nie gegeben. Dieser Druck auf die Politik ist superwichtig! Auch jetzt noch, wenn es um die Umsetzung des elternunabhängigen BAföG oder der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie geht.

MARC: Leider musste ich auch schon in Betrieben erleben, dass nicht vom jedem unsere Werte Solidarität und Antirassismus gelebt werden. Ebenso berichten mir Kolleg*innen immer wieder davon, dass gute Arbeitsbedingungen auch in Deutschland nicht gelebter Standard sind. Zudem beschäftigt viele Kolleg*innen die Transformation der chemischen Industrie und die Industrie 4.0. Nur gemeinsam können wir diese Herausforderungen im Sinne der Arbeitnehmer*innen meistern.



Marc van Oirschot und Sercan Karaagac

Warum engagiert Ihr Euch beim DGB?

SERCAN: Der DGB war meine erste gewerkschaftliche Anlaufstelle. Es macht viel Spaß mich mit Kolleg*innen aus anderen Betrieben und Fachrichtungen auszutauschen und Lösungen für gemeinsame Probleme zu suchen. Der DGB ist das große Zusammenkommen vieler Gleichgesinnter.

MARC: Gegenüber der Politik sind wir als großer Gewerkschaftsbund viel stärker, als würden wir nur als Einzelgewerkschaft auftreten. Während die allgemeinpolitische Arbeit in den Einzelgewerkschaften schnell einmal zu kurz kommen kann, ist im DGB hierfür Raum und Platz, um unsere Ideen für ein gerechteres Deutschland wachsen zu lassen. Auch der Austausch mit anderen Gewerkschaften liegt mir sehr am Herzen.

Foto: Laura Knöchel

„Bei dem Austausch, aber auch allgemein, werden wir uns dieses Jahr vor allen um günstigen Wohnraum für Azubis und Studierende, Chancengleichheit im Bildungssystem, Gleichberechtigung für alle Menschen egal welche Abstammung oder sexuellen Orientierung diese haben, die Transformation der Wirtschaft und ein bezahlbares und attraktiveres Angebot von Bus & Bahn.“

Marc

Was sind Eure zukünftigen Ziele mit dem Stadtjugendausschuss?

SERCAN: In diesem Jahr haben wir uns viel vorgenommen. Die Landtagswahl steht an und wir wollen einen klaren Kurswechsel der Landesregierung. Mehr Wohnungsbau für Azubis, Studis und Schüler*innen, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Teilhabe für marginalisierte Gruppen. Aber natürlich gibt es auch die Zeit nach der Wahl und in dieser möchte ich mich stark mit der Mitgliederwerbung beschäftigen.

MARC: In diesem Jahr werden wir uns auch mit der Landtagswahl beschäftigen. Dazu werden wir klare Ziele formulieren, und diese dann an junge Politiker*innen aus unserer Region herantragen. Bei dem Austausch, aber auch allgemein, werden wir uns dieses Jahr vor allen um günstigen Wohnraum für Azubis und Studierende, Chancengleichheit im Bildungssystem, Gleichberechtigung für alle Menschen egal welche Abstammung oder sexuellen Orientierung diese haben, die Transformation der Wirtschaft und ein bezahlbares und attraktiveres Angebot von Bus & Bahn.

Wir danken Euch für das Gespräch und wünschen Euch viel Erfolg für die neue Aufgabe.



Leider kein Aprilscherz: Totalversagen der Stadt Köln bei der Schulentwicklungsplanung

GEW Köln –
Pressemitteilung vom
1.4.2022 // **verfasst
vom AK Schulent-
wicklung**“

Die Serie trauriger Negativrekorde im Bereich Schulentwicklung reißt nicht ab: Nachdem Schüler*innen und Eltern vergangenen Montag gegen die Schulplatzlotterie in Köln mit Plakaten mit eindrücklichen Aufschriften wie „Ich bin doch keine Losnummer, sondern ein Kind!“ oder „Wir sind keine Niete!“ demonstriert haben, folgt der nächste Tiefschlag: Am Mittwoch kündigte Schulministerin Gebauer im Schulausschuss des Landtages an, jenseits der bislang geplanten Mehrklassen an Gymnasien in Köln keine weiteren zuzulassen. Dies bedeutet im Klartext: Voraussichtlich 100 Kölner Kinder müssen künftig jenseits der Stadtgrenze auf dem Land beschult werden. Berichten zufolge haben sich die umliegenden Kommunen bereits dahingehend geäußert, dass auch sie nicht in der Lage seien, die Kölner Schüler*innen aufzunehmen.

„Die Stadt Köln schafft es erschreckenderweise, sich in ihren Negativrekorden im Bereich Schulentwicklung immer wieder selbst zu übertreffen. Nun geht Köln tatsächlich als erste Kommune in die Geschichte ein, die es nicht schafft, ihrer kommunalen Pflichtaufgabe nachzukommen und für alle Kinder Schulplätze bereitzustellen. Seit Jahren mahnen sowohl wir als GEW als auch Eltern und Schüler*innen eindringlich eben jenen Schulplatzmangel an. Dass die Stadt Köln hier sehenden Auges in eine Katastrophe hineinrennt und dies nun auf dem Rücken der Schüler*innen ausgetragen wird, ist ein politisches Totalversagen mit Anlauf“, empört sich Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln.

Klaus Minartz vom Arbeitskreis Schulentwicklung der GEW Köln erläutert zudem: „Diesmal trifft es die abgelehnten Kölner Gymnasialkinder und ihre Eltern. Unkommentiert lässt die Schulministerin, dass in Köln auch ca. 1.000 Kinder, die an Gesamtschulen angemeldet wurden, keinen Platz an einer Kölner Gesamtschule finden konnten. Hätte die Kölner Politik die seit Jahrzehnten fehlenden Gesamtschulen errichtet, dann wäre der erzwungene Drang auf die Kölner Gymnasien wesentlich milder gewesen. Nun droht ein weiteres Desaster der Kölner Schulpolitik.“

„Auf diesem Hintergrund ist es uns absolut unverständlich, dass das Anliegen des Schuldezernenten Voigtsberger, dem Schulbau oberste Priorität einzuräumen, im Schulausschuss erst länger diskutiert werden musste und sich das Ratsbündnis aus CDU, Grünen und VOLT erst dazu durchringen konnte, als dem Antrag ein zweiter relativierender Satz beigelegt wurde. Schüler*innen fallen nicht plötzlich vom Himmel, sondern die Bedarfe an Schulplätzen sind lange vorher bekannt. Das Wegdücken der letzten Jahre in der Hoffnung, dass die Klassengrößen immer mehr nach oben geschraubt werden und die Bezirksregierung immer weitere Mehrklassen genehmigt, muss sofort ein Ende haben! Zudem wird sich die Situation ab 2026 noch einmal verschärfen, wenn aufgrund des zusätzlichen Jahrgangs wegen G9 viele weitere Gymnasialplätze gebraucht werden. Wir fordern die Stadt Köln daher eindringlich dazu auf, ihre Prioritäten zu klären und endlich eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung zu machen, ohne Relativierungen, ohne Wenn und Aber!“, so die Gewerkschafter*innen abschließend.

„Monitoringbericht (2020): Bildungsstatistische Analysen und kommunale Steuerungsansätze (allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs)“

//Ludger Reiberg, GEW-Mitglied



Schlechtes Zeugnis fürs Bildungsangebot“ so titelt zutreffend der KStA einen Bericht über die Vorstellung des Monitorings im Schulausschuss. Die Analyse sei so „unerfreulich, dass sie uns nicht ruhig schlafen lassen sollte“ kommentiert ein für die CDU dort mitarbeitendes Ausschussmitglied. Zu Recht – wie eine nähere Betrachtung der Zahlen, Feststellungen und Hinweise dieser lesenswerten Arbeit zeigt. Ich stelle einige davon in Zitaten vor, um für diese Lektüre zu werben und versuche mich an weiterführenden Fragen, die sich wesentlich auf den Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe I konzentrieren. Vielleicht entsteht ja eine Diskussion darüber im ‚forum‘ in Verbindung mit den Folgen der Pandemie, die in den Zahlen nicht enthalten sind (Zahlenreihen bis 2019/20).

„Der vorliegende Bericht beschreibt anhand von Kennzahlen zu Bildungsstrukturen, -prozessen und -ergebnissen das Kölner Schulsystem und gibt Hinweise auf den

Einfluss von Armut und Familiensprache auf die Bildungschancen Kölner Schüler*innen.“ (S. 4)¹ Der letztere Aspekt wird jedoch stark relativiert, da „Merkmale zur Migrationsgeschichte (nichtdeutsche Familiensprache, eigene Zuwanderung, Zuwanderung von mindestens einem Elternteil)“ wegen mangelnder Datenqualität nicht in den Bericht einfließen, außer in der Definition „problematischer“ Schülerpopulationen. In diesem Punkt – den die Herausgeber erst einmal nicht zu verantworten haben – wird auf die Zukunft verwiesen, in der diese Daten in den schulscharfen Sozialindex des Landes einfließen werden. Dieser Hinweis enthält zwei höchst problematische Indikationen, wie ich zum Schluss näher ausführen werde.

Der Bericht beginnt mit der quantitativen Schulentwicklungsplanung:

Die Schülerzahlen an Grund- und weiterführenden Schulen steigen auch in den folgenden Jahren aufgrund steigender Gebur-

ten, G9 und Zunahmen von Klassenwiederholungen und der Inanspruchnahmen des dritten Schulbesuchsjahres in der Schuleingangsphase. „Der nunmehr seit 10 Jahren andauernde Schülerzahlenanstieg hat sich in erster Linie an den Gesamtschulen bemerkbar gemacht.“ (S. 6) Von den Kölner Grundschulen „wechselte mit 45,5 % der größte Anteil der Lernenden auf ein Gymnasium, 26,9 % wechselten auf eine Gesamtschule, 19,7 % auf eine Realschule und 4,8 % auf eine Hauptschule.“ (S. 37) Die gymnasiale Übergangsquote sinkt von 48 % im Schuljahr 2016/17 auf eben diese 45,5 %. Bei den Gesamtschulen pendelt in den letzten 5 Jahren die Ablehnungsquote wegen mangelnder Plätze zwischen 650 und 900.

Damit ist meine erste Frage verbunden: Wenn dem so ist, warum werden dann prioritär sowohl in der Planung (siehe Rondorf) als auch in der Durchführung (siehe Lindenthal) Gymnasialbauten bevorzugt gegenüber Gesamtschulen – siehe Kalk (Gesamtschulplanung dümpelt) und Lindenthal, wo

¹ Die Seitenzahlen des Monitoringberichts in Klammern hinter den Zitaten.



es schnell ein echtes Gymnasium gibt und die einzige Gesamtschule auf zwei weit auseinanderliegende Standorte aufgeteilt ist, zwischen denen Busse pendeln. Teuer, zeitraubend, nervig und unsinnig, schlicht diskriminierend für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen.

Die Zweifel an der Sinnhaftigkeit solcher Zustände und Vorgehensweisen werden in den Hinweisen auf Strukturmodelle (z. B. Zweigliedrigkeit) und Beispiele anderer Städte deutlich und fasst der Bericht wie folgt zusammen: „Ein schulpolitischer Konsens in Bezug auf eine wünschenswerte Schulstruktur ist eine zentrale Grundlage für die Schulentwicklungsplanung und würde negative Effekte eines „ungesteuerten Strukturwandels“ auf die Qualität der Bildung an Kölner Schulen reduzieren helfen.“ (S. 7) Diese negativen Effekte gibt es also. Wo liegen sie? Das wird nicht ganz klar benannt, wird aber implizit deutlich bei der Behandlung der Themen Platzbedarf (s. o.), Übergangsquoten, Schulformwechsel, Förderquoten, Klassenstärken, Bildungsabschlüsse. Dazu liegen detaillierte Zahlen vor. Zum Beispiel:

„Im Schuljahr 2019/20 belief sich der Platzbedarf für Lernende mit verlängerter Verweildauer rechnerisch auf 50 Klassen an Grundschulen und 50 Klassen an weiterführenden Schulen.“ (S. 11)

Zum Schuljahr 2019/20 sind 459 Lernende von Gymnasien und 249 von Realschulen – meistens nach der 6. Klasse, in Real – bzw. Hauptschulen gewechselt. „Schulformwechsel sind charakteristisch für gegliederte Schulsysteme. Die Wechsel

während der Sek. I finden überwiegend zu den Schulformen statt, die zu einem geringer qualifizierenden Bildungsabschluss führen.“ (S. 7) „Für die betroffenen Schüler*innen entsteht ein zeitlicher Mehraufwand dem ein zusätzlicher Nutzen in Bezug auf die weitere bildungsbiografische Entwicklung gegenüberstehen sollte.“ (S. 11) Schaut man sich dann die Zahlen der Schulabschlüsse an, werden Zweifel an der Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens manifest. Die zunehmende Zahl solcher Wechsler „ist mit dem landesweiten Wechselgeschehen vergleichbar.“ (S. 11) Will heißen, dass mit dem schulpolitischen Wirksamwerden der neuen Regierung in NRW die Zahlen der abschlusslosen Schulabgänger, der Schulwechsler, der Förderquoten etc. gestiegen sind.

„Die Bewertung von Schulformwechseln als Indikator für die Umsetzung einer Kultur des Behaltens sollte mit der Frage verbunden werden, ob die dem Wechsel zugrundeliegenden Selektionsmechanismen nicht als systemimmanent in einem gegliederten Schulsystem akzeptiert werden müssen.“

„Grundsätzlich geht das Prinzip des gegliederten Schulsystems von der Annahme aus, dass sich die bildungsbiografische Entwicklung von Viertklässlern*innen ausreichend gut prognostizieren lässt, ...“ (S. 11)

Aber:

„Die Frage nach den Ursachen einer Entwicklung, in der für immer mehr Schüler*innen eine fehlende Passung zwischen individueller Lernmöglichkeit und dem Bildungssystem festgestellt wird, wird drängender.“ (S. 24)

„Hinzu kommen Selektionsmechanismen mehrgliedriger Schulsysteme, die unter anderem beim Übergang auf die weiterführende Schule wirksam werden und aufgrund von objektiven und subjektiv antizipierten Bildungschancen ursächlich für die Unterschiede der schulformspezifischen SGB II-Quoten sind.“ (S. 56) „Stünden ausreichende Unterstützungsangebote auch Kindern aus ressourcenärmeren Familien zur Verfügung, müssten weder Eltern noch Lehrkräfte die meist vorurteilsbehafteten Prognosen in Bezug auf die möglichen Bildungsverläufe anstellen.“ (S. 57)

Damit wird der wesentliche Kern und das Ziel der Analysen benannt: nämlich den vorher belegten massiv vorhandenen Konnex von Armut und Bildungsarmut nicht mehr so hinnehmen und dagegen anstuern zu wollen und - dies ist ein wichtiger Hinweis - mit multiprofessionellen Teams dagegen zu steuern. Als Perspektive wird ausgeführt:

„Eine Priorisierung des quantitativen und qualitativen Ausbaus an Grundschulen mit hoher Armutsbelastung und unterdurchschnittlicher Ganztagsquote, an allen Hauptschulen als bildungspolitisch in besonderer Weise herausgeforderte weiterführende Schulform und an einzelnen besonders herausgeforderten Realschulen und Gymnasien könnte im Zusammenhang mit bildungspolitischen Zielsetzungen verstärkt in den Blick genommen werden.“ (S. 8) Und es folgen Hinweise auf weitere denkbare und auch schon vorhandene Maßnahmen und zukunftsweisende Projekte auf kommunaler Ebene. „Eine sozialindizierte Steuerung von

Und was machen wir, wenn eine solche Erhebung ergibt, dass es massive Tendenzen zu Apartheid ähnlichen Zuständen im System gibt, wie ich sie hier behaupte? Ich schätze, noch mehr sozialpolitische Maßnahmen ergreifen, wie sie im Anhang des Berichtes aufgeführt werden, um das gute bildungspolitische Gewissen und den Kern des Systems zu erhalten: die Selektion.

Bildungsressourcen, die regionale und institutionelle Unterschiede in Bezug auf die Bildungschancen berücksichtigt, hilft ungenutzte Bildungschancen von jungen Menschen zu aktivieren. Die erforderlichen Ausgaben haben gesamtgesellschaftlich die Qualität einer Investition, weil Folgekosten von gesellschaftlicher Desintegration vermieden und das Bildungsniveau der Bevölkerung verbessert wird.“ (S. 57) Diese Reduktion auf Sozialindizes und die Kostenseite – so erforderlich auch Mehrausgaben an der richtigen Stelle sind – ersetzt nicht eine Selbstreflexion des Schulsystems hinsichtlich der in der UN-Charta, in der Verfassung und im Schulgesetz gegebenen Prämissen. („Wir brauchen einen Neuanfang“, so titelte Prof. El-Maflaani am 25.2.2021 in der E&W.) Der Monitoringbericht gibt nicht ansatzweise Auskunft über die Rolle der Familiensprache im Schulsystem, sondern reduziert sie - wie üblich - auf ein „Lernhindernis“ und wie mit diesem umgegangen oder nicht umgegangen wird in einem Schulsystem, das immer noch nicht auf eine Zuwanderungsgesellschaft ausgerichtet ist.

1.

Damit wird auch in Zukunft eine internationale Familiengeschichte gleichgesetzt mit problematischer sozialer Lage und nur in diesem Kontext ausgewertet so wie in dem jetzt vorliegenden Bericht in der massiven Korrelation von Sozialhilfebezug und Ausländerstatus. Die in diesem Zusammenhang relativierend gemeinten Ausführungen: „Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung weist daraufhin, dass der Migrationsstatus selbst nicht Ursache für Schwierigkeiten beim Bildungserfolg ist, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe kumulierenden so-

zioökonomischen Härten.“ (S. 54) dringen nicht durch, sondern werden unmittelbar nachfolgend konterkariert durch die Feststellung der hohen Korrelation von „schul-scharfer SGB II-Quote, hohem Ausländeranteil, hohem Anteil nicht deutscher Familiensprache und dem Anteil der Lernenden mit eigener Zuwanderung.

2.

Über 60 % der Kinder und Jugendlichen in Köln haben eine internationale Familiengeschichte, sie bilden die Mehrheit. Wie viele von denen in den SGB II-Bezug fallen, ist nicht erhoben. Über die Differenzierungen im sozialen Status kann die in Köln durchgeführte Sinus Milieustudie Auskunft geben. Aber sie alle (be)trifft diese defizitorientierte Merkmalkombination im wahrsten Sinne des Wortes mit, sie sind in der Wahrnehmung der Gesellschaft automatisch mit gemeint, da muss man nicht erst bis zur AfD laufen. Der Monitoring-Bericht weist in einer Fußnote selbst darauf hin: „So belegt beispielsweise die Pisa-Studie 2009, dass Einwandererkinder bei vergleichbarer Leistung eine vier- bis fünfmal geringere Chance haben, eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten, als Kinder aus Familien ohne Zuwanderungsgeschichte.“ (Fußnote 37) Auch wird in weiteren Verweisen (Fußnoten) auf die wissenschaftlich belegte diskriminierende Praxis schulischer Mechanismen hingewiesen insbesondere in Bezug auf den Umgang mit natürlicher Mehrsprachigkeit als Defizit und nicht zu fördernder Kompetenz.

Dies alles spricht nicht dagegen, im Kontext eines ehrlichen Bemühens um Bildungsgerechtigkeit diese Merkmale im Bildungssystem selbst ehrlich und schonungslos zu

erheben und darüber zu diskutieren, wie es die Thatcher-Regierung in Großbritannien schon 1988 gemacht hat, um institutionelle Diskriminierung festzustellen. Man müsste dann z. B. erheben: Wie hoch ist der Anteil an Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Schulformen und an den einzelnen Schulstandorten? An welchen Schulstandorten kumulieren die Vorbereitungsklassen und warum? Wie sehen die Übergangsquoten und Bildungsverläufe aus? Wie hoch ist ihr Anteil an den Schulwechslern? Wie proportional verteilen sich die Abschlüsse? Was sind hindernde Faktoren? Und dies zu kontrastieren mit Schulprofilen und Schulkonzeptionen unter dem Aspekt der gleichberechtigten Teilhabe an Bildung, mit der bildungspolitischen Perspektive der individuellen Förderung aller Jugendlichen, die die Gleichberechtigung ihrer Herkunftssprache mit einschließt. Und was machen wir, wenn eine solche Erhebung ergibt, dass es massive Tendenzen zu Apartheid ähnlichen Zuständen im System gibt, wie ich sie hier behaupte? Ich schätze, noch mehr sozialpolitische Maßnahmen ergreifen, wie sie im Anhang des Berichtes aufgeführt werden, um das gute bildungspolitische Gewissen und den Kern des Systems zu erhalten: die Selektion. Ob das im Kern etwas mit unserer Vergangenheit zu tun hat? Ich fürchte es.

Der Monitoringbericht ist unter dem obigen Titel im Netz zu finden und soll im März(?) vielleicht im Schulausschuss/Rat diskutiert werden, wobei ich davon ausgehe, dass er bis über den Mai geschoben wird.

Damit wird der wesentliche Kern und das Ziel der Analysen benannt: nämlich den vorher belegten massiv vorhandenen Konnex von Armut und Bildungsarmut nicht mehr so hinnehmen und dagegen anstuern zu wollen und - dies ist ein wichtiger Hinweis – mit multiprofessionellen Teams dagegen zu steuern.

Online-Podiumsdiskussion zur Landtagswahl „JA13! – JA wann denn?“ am 22.02.22 der Fachgruppe Grundschule Köln

// Katja Nielsen

Im Rahmen der JA13-Aktionen hat die Fachgruppe Grundschule Köln eine Online-Podiumsdiskussion organisiert, um Politiker*innen verschiedener Parteien „auf den Zahn zu fühlen“. Sind die anstehenden Landtagswahlen im Mai Auftakt zu einer entschlossenen Umsetzung der jahrelangen Forderungen zur Besoldungsanpassung im Grundschulbereich? Im Podium saßen Jochen Ott (SPD), Lena Zingsheim-Zobel (Grüne), Dr. Carolin Butterwegge (LINKE) und Franziska Müller-Rech (FDP). Moderiert hat die Veranstaltung Eva-Maria Zimmermann (Geschäftsführerin der GEW Köln).

Nach einem kurzen Input zum aktuellen Sachstand durch die Fachgruppe schloss sich eine Diskussion zum Thema an. Hintergrund ist, dass die GEW seit nunmehr 13 Jahren die gleiche Besoldung für alle Lehrkräfte fordert: A13/EG13. In 8 der 16 Bundesländer wurde die Anpassung der Gehälter bereits umgesetzt, in NRW ist dies immer noch nicht der Fall. Trotz zahlreicher Aktionen in den vergangenen Jahren (Rechtsgutachten, Unterschriftensammlung, Online-Petition, Proteste vor dem Landtag etc.) ist die konkrete Umsetzung bisher nicht erfolgt. Versprechen der regierenden Parteien sind ins Leere gelaufen.

„JA13! – JA wann denn?“- fragen wir die Parteien und erhalten unterschiedliche Antworten. Es ist bei allen Parteien angekommen, dass der Lehrerberuf im Primarbereich keine Gehaltsunterschiede mehr rechtfertigt. Einig ist man sich, dass die Einstiegsgehälter so schnell wie möglich auf A13/EG13 hochgestuft werden. Die SPD signalisiert, dass sie auch für Bestandslehrkräfte im ersten Regierungsjahr alles auf den Weg bringen wolle, um zu A13/EG13 auch wirklich „JA“ sagen zu können. Die Grünen und Linken zeigen sich ebenfalls bereit, diesen Weg zu gehen. Das Thema der Finanzierung lässt indes weitere Fragen offen; von einer erhöhten Vermögenssteuer ist die Rede sowie von einer generellen Erhöhung des Bildungsetats. Die FDP bleibt recht vage, aber auch sie strebe das Ziel an, ihre Versprechen von 2017 nun endlich in die Tat umzusetzen.

Die Diskussionsteilnehmer*innen hörten den Antworten gespannt zu, und man versuchte, kritische Nachfragen zufriedenstellend zu beantworten.

Es bleibt eine Restunsicherheit, ob es dann nicht doch wieder – vor allem finanzielle – Gründe gibt, die das Vorhaben erneut in den Hintergrund rücken.

Landtagswahl ist Bildungswahl – GEW Köln pocht auf gute Bildungspolitik



Während sich Politiker*innen in öffentlichen Äußerungen zumeist einig sind, dass Kinder unsere Zukunft

sein und Bildung einen besonders hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft haben müsse, zeigt sich im politischen Alltag ein hohes Verbesserungspotential. Nur um ein Beispiel zu nennen: Bei den Bildungsausgaben liegt NRW seit Jahren abgeschlagen auf dem letzten Platz im Vergleich der Bundesländer. Alleine um den Bundesdurchschnitt zu erreichen, müsste NRW ca. 1.000 Euro pro Schüler*in mehr ausgeben. Das ist eine Schande für ein Industrieland in der Transformation – insbesondere für ein Land, das mal eben 100 Mrd. Sondervermögen für Militärausgaben locker machen kann, das Geld „sei da“, heißt es aus Politikerkreisen. Wenn das Geld doch da ist, wo ist es dann bitte in unseren Tarifverhandlungen wie beispielsweise letztes Jahr für angestellte Lehrkräfte im Tarifvertrag der Länder oder auch dieses Jahr in der laufenden Tarifrunde des Sozial- und Erziehungsdienstes? Wo ist unser Sondervermögen für gute Bildung? Bereits 2019 waren wir als GEW Köln auf der Straße und haben den „Bildungsalarm“ ausgerufen – passiert ist seitdem wenig. Unsere Bildungskrise ist in vielen Punkten eine Bildungsfinanzierungskrise. Die Politik muss aufhören, den Mangel zu verwalten – denn das können wir uns nicht mehr leisten.

So fordert die GEW anlässlich der NRW Landtagswahl unter dem Motto „MEHR für Bildung“ mehr Ressourcen. Auch wir als Stadtverband Köln waren hierbei sehr aktiv: Mit der Aktion „Baustelle Bildung“ wies die GEW im Landtagswahlkampf an vielen Orten in NRW auf die Mängel im Bildungssystem hin. Seit dem Auftakt am 30. März vor der Staatskanzlei machte die symbolische Baustelle in mehreren Städten Station,

so auch am Freitag, den 29. April 2022, von 17 Uhr bis 19 Uhr auf dem Chlodwigplatz in Köln. Mit 24 Bausteinen haben wir verdeutlicht, was gute Bildung ausmacht: Chancengleichheit, mehr Personal und Ressourcen, Zeit für die pädagogische Arbeit, kleinere Lerngruppen und Schluss mit Lohnungleichheiten und prekärer Beschäftigung u. v. m. Mit der symbolischen Baustelle wollten wir als GEW Köln mit Bürger*innen und Politiker*innen darüber ins Gespräch kommen, was es für gute Lehr- und Lernbedingungen dringend braucht. Passant*innen konnten zudem ihre eigenen Bausteine beschriften, sich am offenen Mikrofon äußern und so mit uns zusammen eine neue, bessere Bildungslandschaft bauen.

Auch beim 1. Mai, der nach langer coronabedingter Pause endlich wieder (fast) im gewohnten Rahmen mit einem Demonstrationszug sowie anschließender Kundgebung und kulturellem Programm auf dem Heumarkt stattfand, haben wir die „kleine Baustelle Bildung“ aufgebaut und Besucher*innen des GEW-Standes haben fleißig daran weitergebaut. Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ feierten rund 6.000 Kölner*innen den traditionellen Tag der Arbeit, der ebenfalls ganz im Zeichen der Landtagswahl stand. So hielt Martin Gütgemann, Mitglied des Leitungsteams der Jungen GEW und des Erweiterten Vorstands der GEW Köln, auf der traditionellen Mai-Kundgebung eine engagierte Rede, in der er der Landespolitik klipp und klar verdeutlichte, was wir als GEW von der künftigen Landesregierung erwarten.

Doch auch damit nicht genug: Wir wollten den Parteien ganz genau auf die Finger schauen und haben daher für Dienstag, den 3. Mai, von 18 Uhr bis 20.30 Uhr zur öffentlichen bildungspolitischen Podiumsdiskussion „(K)eine Zukunft für Bildung?“ in den Altenberger Hof in Nippes mit Vertreter*innen der Parteien CDU, SPD, FDP, GRÜNE und LINKE eingeladen. Mit 100 Teilnehmer*innen, die begeistert und kritisch mitdiskutiert haben, war die Veranstaltung komplett ausgebucht. Vertreter*innen von sämtlichen Bildungsbereichen, insbesondere der Kita, der verschiedenen Schulformen und des Offenen Ganztags, aus Hochschule und Forschung sowie der Erwachsenenbildung, haben die



Landtagskandidat*innen mit der Realität der Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen konfrontiert und sie prägnant herausfordert. Auch hier spielte unsere „kleine Baustelle Bildung“ eine ganz besondere Rolle: Nachdem Passant*innen bei der Aktion am Freitag zuvor sowie beim 1. Mai bereits viele Bausteine beschriftet hatten, haben die Teilnehmer*innen viele weitere hinzugefügt. Mit dieser Bildungsbaustelle konfrontiert, waren auch die Politiker*innen aufgefordert, einen Stein hinzuzufügen und zu erläutern, was und wieso sie genau das auf ihren Baustein geschrieben hatten. Zudem bestand die Abschlussrunde darin, einen Baustein verdeckt zu ziehen und in einem Satz zu erläutern, was genau ihre Partei zu diesem Thema im künftigen Landtag einbringen möchte. Wenn auch Politiker*innen zu Wahlkampfzeiten gerne alles Mögliche versprechen, so wurden dennoch Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien deutlich. Rückmeldungen zufolge hat unsere Podiumsdiskussion durchaus bei einigen Unentschlossenen dazu geführt, dass sie nun eine Wahlentscheidung im Sinne guter Bildungspolitik treffen können.

Sonntagsreden beeindruckten niemanden mehr, wir als GEW wollen Taten sehen. Daher erwarten wir von der künftigen Landesregierung, dass sie alle Hebel in Bewegung setzt, um gute Bildung zu erreichen: mit individueller Förderung für jedes Kind, mit Schulgebäuden, die gut ausgestattet sind und mit genügend gut ausgebildeten Fachkräften und guten Arbeitsbedingungen – egal ob Kita, Schule, Hochschule oder in der Weiterbildung!



Chance für ein neues Gesetz gegen Diskriminierung

Online-Diskussion zu Diskriminierungsschutz in der Schule im Zuge der Landtagswahl NRW // **Birgit Morgenrath, freie Journalistin**

NRW-Landtagswahl 2022
Diskriminierungsschutz an Schulen – Gespräch mit der Landespolitik
Montag, 14.03.2022, 17 Uhr bis 18.30 Uhr

Teilnehmende:
Sigrid Beer MdL (Grüne, Sprecherin für Bildung, Petitionen und Religionspolitik)
Jörn Freynick MdL (FDP, Sprecher für LSBTI* und in der Kinderschutzkommission)
Jochen Ott MdL (SPD, stv. Fraktionsvorsitzender und schulpolitischer Sprecher)
Oliver Kehl MdL (CDU-Landtagsfraktion)

Teilnahme per **Zoom**
 mit Browser: <https://kurzelinks.de/nrw-podium> oder
 mit App: Meeting-ID: 822 7869 6643; Kenncode: 446670

Nachfragen aus dem Chat sind erwünscht.

Wir wollen sie u. a. fragen:

- Was gedenkt die Bildungspolitik in NRW gegen Diskriminierung in den Schulen zu tun?
- Wie können Beschwerderecht und -verfahren für Lehrkräfte und Schüler*innen transparent und wirksam institutionell gestaltet und verankert werden?
- Wie kann eine Prävention gegen Diskriminierung an Schulen landesweit entwickelt werden?

Eine online-Veranstaltung in Zusammenarbeit von: BANDAS, Beratung und Antidiskriminierungsarbeit für Schüler*innen – SABRA, Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus – Antidiskriminierungsprojekt Schule der Vielfalt – GEW NRW AG Queer – GEW NRW Landesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung – Landesschüler*innenvertretung NRW

Unbewusste und bewusste Beleidigung, Diskriminierung und Ausgrenzung durch Schüler*innen und Lehrkräfte gehören zum Alltag in Schulen: Welche Parteien setzen sich vor der Landtagswahl für ein neues Antidiskriminierungsgesetz ein? Dazu diskutierten unter anderem die schulpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen mit der AG Queer und dem Landesausschuss Antidiskriminierung der GEW NRW in einem Onlinegespräch.

Malaika wird innerlich sehr wütend, wenn sie als „Schokolädchen“ gehänselt wird; Leonie ist sehr verletzt, wenn Mitschüler*innen sie immer noch Lukas rufen, obwohl sie doch jetzt endlich Leonie ist;

Fátima fühlt sich missachtet, wenn sie wegen ihres Kopftuchs aufgezo-gen wird; und ihr Bruder Abdullah in der 12. Klasse wird trotz all seiner Bemühungen „dazugehören“ als „Terrorist“ beschimpft; die fleißige Jasmin aus dem „sozialen Brennpunkt“ ist beschämt und entmutigt, wenn sie oft schlechtere Noten als ihre Mitschülerin Sophia erhält; und Max im Rollstuhl ist tieftraurig, wenn seine Mitschüler*innen an ihm vorbeistürmen und keiner an ihn denkt.

Sie alle fühlen sich ausgeschlossen, sind oft bedrückt und beim Lernen gestresst.

Betroffene Schüler*innen haben keine rechtliche Handhabe - das muss sich ändern! Schulen sind Teile der Gesellschaft und wie diese sind sie keine heilen Orte. Unbewusste und bewusste Beleidigung, Dis-

Schüler*innen und auch Lehrer*innen müssen Rassismus, Homo- oder Transfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit erleiden. Derzeit haben betroffene Schüler*innen keine rechtliche Handhabe, um sich dagegen zu wehren.

kriminierung und Ausgrenzung durch Schüler*innen und Lehrkräfte sind keine Seltenheit. Das zeigte unter anderem die Repräsentativbefragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016: 23,7 Prozent aller Befragten hatten in den vergangenen zwei Jahren Diskriminierungen im Bildungsbereich erlebt.

Schüler*innen und auch Lehrer*innen müssen Rassismus, Homo- oder Transfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus und Behindertenfeindlichkeit erleiden. Derzeit haben betroffene Schüler*innen keine rechtliche Handhabe, um sich dagegen zu wehren. Denn das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz von 2006 ist nicht zuständig für die Benachteiligung von Schüler*innen. Es gilt nur für das Arbeitsleben und sogenannte Alltagsgeschäfte wie einen Restaurantbesuch oder den Abschluss einer Versicherung.

Deshalb haben am 14. März 2022 die Antidiskriminierungsstellen in NRW SABRA und BANDAS zusammen mit der Landeschüler*innenvertretung NRW, Schule der Vielfalt sowie der GEW NRW AG Queer und dem Landesausschuss Antidiskriminierung zu einem Onlinegespräch mit den schulpolitischen Sprecher*innen der Landtagsfraktionen eingeladen.

GRÜNE und SPD sprechen sich für ein Landesantidiskriminierungsgesetz aus

Schulen sind Ländersache und lediglich das Bundesland Berlin bietet seit Juni 2020 mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) und einer Ombudsstelle bei der Justizverwaltung ein wirksames Instrument gegen Diskriminierungen in Landesbehörden wie etwa der Polizei, in Schulen, Kindergärten, Hochschulen und Bibliotheken.

Nun setzt sich auch in Nordrhein-Westfalen knapp zwei Monate vor der Landtagswahl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein LADG ein. Dabei müsste Diskriminierungsschutz auch im Schulgesetz verankert werden, ergänzt die schulpolitische Sprecherin der Partei Sigrid Beer bei der Onlinediskussion. Die SPD signalisiert Zustimmung. Das Gesetz würde wie in Berlin vorsehen, die Beweisführung für erlittenes Unrecht vor Gericht zu erleichtern und Schadensersatz zu fordern.

Wie können ein LADG und eine Ombudsstelle Betroffene schützen und unterstützen?

Eine Ombudsstelle des Landes kann Betroffene beraten, in Streitfällen vermitteln und Gutachten einholen. Die Behörden müssen der Stelle Auskunft geben.

Auch könnten Verbände klagen und Beratungsstellen müssten gehört werden. In jedem Fall würde ein Gesetz durch seine Rechtssicherheit Geschädigte in einer Auseinandersetzung erheblich stärken.

FDP und CDU wollen „Schule der Vielfalt“ und andere Konzepte ausbauen

Zwar sind auch die anderen demokratischen Parteien des Landtags für Diskriminierungsschutz in Schulen, nicht aber durch ein Gesetz. CDU und FDP wollen bestehende Konzepte ausbauen. Etwa mit mehr als den bereits bestehenden 52 „Schulen der Vielfalt“ und mit mehr Schulbesuchsprojekten wie zum Beispiel „Schlau NRW“, vor allem auch „in der Fläche“, nicht nur in Großstädten fordert etwa Jörn Freynick von der FDP.

Oliver Kehrl, CDU, verweist auf die Änderungen im Schulgesetz von Ende 2021: Alle Schulen in NRW seien dadurch verpflichtet ein Schutzkonzept gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch zu erarbeiten, dem die Schulkonferenz zustimmen muss. Schüler*innen sollen daran mitarbeiten. Überdies gebe es ausreichende Expertise für dieses Problem in den Schulen selbst; der Staat müsse nicht alles vorschreiben.

Dem hält Jochen Ott, schulpolitischer Sprecher der NRW SPD, entgegen, dass 8.000 Stellen für Lehrer*innen nicht besetzt sind. Wenn man alle neuen Aufgaben bei den Lehrer*innen ablade, „wird es irgendwann dazu führen, dass die Lehrkräfte hinschmeißen und sagen: ‚Wir machen das nicht mehr mit.‘ Deshalb, glaube ich, muss der Staat, wenn er weitere Aufgaben an die Schulen gibt, diese auch mit der nötigen Ressource ausstatten“.

Bleibt abzuwarten, welche Parteien am 15. Mai 2022 die Mehrheit im Landtag in NRW erringen. Bislang ist das Rennen völlig offen.

Streik für kleinere Klassen – Was machen die Kolleg*innen in Berlin?

Ein Interview mit Anne Albers, der Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten und Tarifpolitik der GEW Berlin. // **Das Interview führte Stefan Schüller von der forum-Redaktion.**



Fast 3.000 Lehrkräfte ließen sich vom politischen und medialen Widerstand nicht beeindruckt und legten am 7. April die Arbeit nieder.



Anne Albers, GEW Berlin

Wie ist die Situation der Lehrkräfte in Berlin zurzeit?

Die Arbeitsbelastung ist hoch, wir haben eine der höchsten Unterrichtsstundenverpflichtungen bundesweit. Zudem sind die nebenunterrichtlichen Aufgaben stetig mehr geworden, Arbeitsverdichtung ist ein großes Thema. Unsere Kolleg*innen sind sehr engagiert, arbeiten aber oft in Teilzeit um ihren Beruf überhaupt zufriedenstellend ausüben zu können. Wir wollen Inklusion und langes gemeinsames Lernen, aber dafür braucht es eine Menge Ressourcen. Der große Lehrkräfte- und Raum-mangel verschärft die Lage. Seit 2016 wurde vom Senat versprochen, endlich jährlich 2.000 Lehrkräfte auszubilden – dieses Versprechen wurde bisher noch jedes Jahr gebrochen. Aktuell fehlen zum neuen Schuljahr rund 1.000 Lehrkräfte. Über sog. multiprofessionelle Teams, die wir pädagogisch befürworten, wird nun der Weg für Lohndumping geöffnet, wenn nicht auch entsprechende Weiterqualifizierungs- und Aufstiegschancen geschaffen werden. Eine Kürzung der Stundentafel könnte weitere Arbeitsverdichtung bedeuten.

Wie sieht die Antwort der GEW Berlin auf diese Zustände aus?

Mit der Tarifkommission haben wir seit 2017 überlegt, wie wir an die Arbeitsbelastung rankommen können, weil der Weg zur Arbeitszeit über das Tarif- und Beamtenrecht für die GEW Berlin allein zugunsten ist. Die Klassengröße zu tarifieren und damit zum Gesundheitsschutz beizutragen, schien uns der vielversprechendste Weg, dieses Ziel verfolgen wir mit dem Tarifvertrag Ge-

sundheitsschutz. Bisher wird die Zumessung von Personal von der Verwaltung erlassen, wir können nur kritische Stellungnahmen dazu abgeben. Für die Klassengröße ist zwar gesetzlich ein Maximum festgeschrieben, aber es hat in der Praxis keine Konsequenzen, wenn dieses Maximum überschritten wird. Einen Tarifvertrag zu haben, würde also einen grundlegenden Paradigmenwechsel bedeuten: Wir könnten auf Augenhöhe verhandeln, anstatt einen Erlass einfach hinnehmen zu müssen. Und wir hätten endlich Verlässlichkeit, der Arbeitgeber könnte nicht z. B. wie jetzt bei Personalmangel einfach mit Arbeitsverdichtung die Löcher stopfen, indem die Klassen größer gemacht werden.

Wir fordern außerdem auf politischem Wege eine Ausbildungsinitiative und andere qualitative Verbesserungen in Schule, u. a. mehr Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit für Erzieher*innen. Und wir haben im Mai beschlossen, eine große einjährige Arbeitszeitstudie durchzuführen, ähnlich wie es in Niedersachsen gemacht wurde.

Gab es für den Streik für kleinere Klassen ein gewerkschaftliches Vorbild?

Die GEW Berlin hat im Bereich der tarifbeschäftigten Lehrkräfte in den Auseinandersetzungen für die E 13 für Grundschullehrkräfte an Kampfstärke gewonnen. An über 30 Tagen haben wir gestreikt, ich bin damals noch im Referendariat von meinen Kolleg*innen zum Streik mitgenommen worden und hab sozusagen mit der Muttermilch aufgesogen, wie Arbeitskampf von Lehrkräften in Berlin abgeht. Das war toll, da war die Solidarität richtig greifbar! Wir Kolleg*innen haben diesen selbst erkämpften Erfolg noch stark in Erinnerung, wir wissen, dass wir durchsetzungsfähig sind. Auch die großen Streiks zum TV-L im November 2021 haben uns nach der Pandemie wieder auf der Straße zusammengebracht und gestärkt - an uns hat es nicht gelegen, dass das Ergebnis insgesamt eher mau war. Andere Gewerkschaften wie die EVG oder ver.di haben bereits Personalbemessung tariflich geregelt, auch das hat uns inspiriert.



AKTUELLE INFOS ZUM ARBEITSKAMPF IN BERLIN zu finden unter:

<https://www.gew-berlin.de/tarif/tv-gesundheitsschutz/>



Lässt sich deiner Einschätzung nach euer Arbeitskampf auch auf andere Bundesländer übertragen?

Die Situation in den Bundesländern ist sehr unterschiedlich, was den gewerkschaftlichen Organisationsgrad und die Durchsetzungsfähigkeit betrifft. Davon hängt maßgeblich ab, ob eine Tarifaussensatzung erfolgreich geführt werden kann. Dennoch – es ist rechtlich möglich, die Personalbemessung zu tarifieren, das wollen wir in Berlin für Lehrkräfte durchsetzen. Damit könnte es uns gelingen, ein Beispiel zu schaffen, das es GEW-Kolleg*innen in anderen Bundesländern leichter macht. Wir verstehen Berlin insofern auch ein Stückweit als Pilotbezirk.

Wie kann man euch unterstützen?

Unsere Kolleg*innen haben sich sehr gefreut, als ich auf der Streikdemo im April eure Soli-Erklärung überbracht habe. Es tut uns gut zu wissen, dass ihr unseren Kampf wahrnehmt, darüber in euren Kollegien informiert und uns so den Rücken stärkt. Ihr seid immer herzlich eingeladen, zu unseren Streikdemos und Veranstaltungen zu kommen! Berlin ist ein tolles Exkursionsziel!

WOS

BEM-Gespräch und Wiedereingliederung

Was ist ein BEM-Gespräch? Was ist der Unterschied zur Wiedereingliederung?// **Ines Bartenstein, im Geschäftsführenden Vorstand der GEW Köln**

Nach längerer Krankheit bekommen Kolleg*innen in der Regel einen Brief von der Bezirksregierung mit der Einladung zu einem BEM-Gespräch. Die Abkürzung bedeutet: Betriebliches Eingliederungsmanagement. Wer noch nie davon gehört hat, sorgt sich vielleicht. Könnte es um eine Überprüfung der Arbeitsfähigkeit gehen? Vorab: Dem ist nicht so.

Beim BEM-Gespräch handelt es sich um ein Angebot, dass der Arbeitgeber nach SGB IX, also nach Bundesrecht, machen muss, wenn Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen krank waren. Da es ein Angebot ist, kann man es auch ablehnen. War die Erkrankung harmlos und ist vollständig geheilt, ist man danach wieder ohne weitere Unterstützungsmaßnahmen durch die Schule arbeitsfähig, dann muss man dieses Gespräch nicht führen. In den meisten Fällen empfiehlt es sich jedoch.

Das BEM-Gespräch findet in der Regel in der Schule statt. Die Schulleitung klärt mit Ihnen, was die Schule tun kann, um die Arbeitsaufnahme zu erleichtern. Hat man z. B.

eine Hüftoperation hinter sich, kann es sein, dass man Unterrichtsräume braucht, die im Erdgeschoss gelegen sind, damit man nicht Treppen steigen muss. Oder dass man zunächst keine Pausenaufsichten übernimmt, weil man nicht lange stehen kann. Solche Maßnahmen werden im Gespräch festgelegt und es wird darüber ein Protokoll angefertigt. Es kann auch sein, dass ein Termin zur Überprüfung der vereinbarten Maßnahmen ausgemacht wird. Dieser Termin wäre dann eine Möglichkeit, über weitere Hilfestellungen durch die Schule nachzudenken, sollte es noch Probleme geben.

Begleitung durch den Personalrat und/oder der Schwerbehindertenvertretung

Haben Sie ein BEM-Gesprächsangebot erhalten, sollten Sie sich vom Personalrat oder ggf. der Schwerbehindertenvertretung zum Gespräch begleiten lassen und sich im Vorfeld beraten lassen, welche Unterstützungsmaßnahmen sinnvoll sind. Sowohl der Personalrat als auch die Schwerbehindertenvertretung haben viel Erfahrung und können nützliche Tipps geben.

Im Prinzip kann das BEM-Gespräch auch bei der Bezirksregierung geführt werden. Sollten Sie das wünschen oder sich unsicher sein, mit wem genau Sie das Gespräch führen wollen, mit der Schulleitung oder der Bezirksregierung, sprechen Sie vorher mit dem Personalrat und/oder ggf. der Schwerbehindertenvertretung.

TIPPS:

- In den Fällen, in denen jemand ernsthaft erkrankt ist und in denen zu befürchten ist, dass eine weitere Arbeitsunfähigkeit eintreten könnte, ist unbedingt zu empfehlen, das Angebot zu einem BEM-Gespräch anzunehmen.
- Wenn Sie die Einladung zum BEM-Gespräch erhalten, während Sie z. B. noch stationär behandelt werden, können Sie auf dem Einladungsformular ankreuzen, dass Sie das Gespräch zu einem späteren Zeitpunkt führen möchten.

Und was ist mit der Wiedereingliederung?

BEM-Gespräch und eine Wiedereingliederung sind zunächst einmal zwei verschiedene Dinge, obwohl oft beide ineinandergreifen.

Maßnahmen zur Wiedereingliederung, früher auch „Hamburger Modell“ genannt, sehen eine stufenweise Aufnahme der Arbeit nach längerer Erkrankung vor. Sie beantragen die Wiedereingliederung bei der Bezirksregierung. Ihr Arzt oder Ihre Ärztin legt einen Plan zur Wiedereingliederung fest, der über einen bestimmten Zeitraum - z. B. drei Monate oder länger - eine sich allmählich erhöhende Stundenzahl vorgibt. Sie beginnen beispielsweise mit vier Wochenstunden, danach unterrichten Sie acht Stunden usw. Am Ende muss die Stundenzahl erreicht sein, die Sie vor Beginn der Krankheit unterrichtet haben. Während der Wiedereingliederung sind Sie weiter krankgeschrieben (Beamte*innen erhalten das volle Gehalt, Tarifbeschäftigte Krankengeld).

Diesen ärztlichen Plan legen Sie bei der Bezirksregierung vor, die dann die Wiedereingliederung, die in der Regel nicht mehr als sechs Monate umfassen sollte, bewilligt. (Theoretisch ist es möglich, den Zeitraum der Wiedereingliederung auf 12 Monate zu verlängern, sollte dies erforderlich sein. In der Praxis zeigt sich aber, dass eine Verlängerung nicht problemlos bewilligt wird. Wenden Sie sich dazu an den Personalrat oder die Schwerbehindertenvertretung.)

Sollten Sie eine Wiedereingliederung beantragen, ist es sehr sinnvoll, beim BEM-Gespräch mit der Schulleitung den Plan und auch die oben beschriebenen weiteren Unterstützungsmaßnahmen zu besprechen.

Aber: Ein BEM-Gespräch kann auch stattfinden, ohne dass gleichzeitig eine Wiedereingliederung stattfindet.



Besoldungsrecht in NRW geändert

Erfolgreiche Kämpfe der GEW NRW bringen mehr Geld für Beamt*innen!

Die GEW NRW hat seit Jahren für eine verfassungsrechtlich erforderliche Alimentation der Beamt*innen mit der Landesregierung gestritten und vor Gericht geklagt.

Alimentation für Familien

Das Bundesverfassungsgericht hatte für die Familien einer Beamtin/eines Beamten entschieden, dass die Höhe der Besoldung der niedrigsten Besoldungsgruppe mindestens 15 % über dem Grundsicherungsniveau liegen muss. Der Landesgesetzgeber hatte deswegen bereits im letzten Jahr den Familienzuschlag für das 3. Kind (ab A 9 = 807,15 €) und das 4. Kind (ab A 9 = 762,41 €) erhöht. Nun wird auch der Familienzuschlag für das erste und zweite Kind angepasst und mit örtlichen Mietpreisen verknüpft. Es wird die Mietenstufe aus der Wohngeldverordnung zu Grunde gelegt und je nach Stufenhöhe ein entsprechender Familienzuschlag gezahlt.

Beispiel: der Familienzuschlag im Jahr 2021 für eine Beamtin (A 12) mit einem Kind betrug 273,99 €. Ab dem 01.12.2022 wird der Familienzuschlag mit der Besoldungserhöhung je nach Hauptwohnsitz angehoben:

- Bei einem Hauptwohnsitz z.B. in Köln auf 702,63 €, da Köln die Mietenstufe VI hat.
- Bei einem Hauptwohnsitz z.B. in Herne auf 289,07 €, da Herne die Mietenstufe II hat.

Bis zu der Besoldungsänderung ab dem 1. Dezember 2022 wird dies mit einem sog. Ergänzungszuschlag geregelt, der aber auch erst mit dem Dezembergehalt ausgezahlt wird. Dazu ist ein Antrag erforderlich. Zwischenzeitliche Umzüge können sich nachteilig auswirken. Dass diese Regelung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt, ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht gewährleistet. Probleme mit dem Abstandsgebot und der Leistungsbezogenheit werden nicht behoben. Ledige oder kinderlose Landesbeamt*innen in Regionen mit hohen Lebenshaltungskosten werden nicht bedacht.

Kostendämpfungspauschale

Uneingeschränkt zu begrüßen ist die Streichung der Kostendämpfungspauschale – ein wichtiger und überfälliger Schritt. Das LBV NRW behält die Kostendämpfungspauschale für das Jahr 2022 ab dem 25.03.2022 nicht mehr ein. Bereits einbehaltene Beträge werden mit aktuellen Beihilfeanträgen erstattet.

Änderungen für die Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 (also z.B. für Werkstattlehrkräfte)

In den Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 werden rückwirkend zum 01.01.2022 die Erfahrungsstufen 1 und 2 der Grundgehaltstabelle gestrichen. Die dort bisher vorhandenen Personen werden rückwirkend zum 01.01.2022 in die Erfahrungsstufe 3 übergeleitet. Ein Antrag ist nicht erforderlich. Für die übergeleiteten Personen beginnt die zweijährige Stufenlaufzeit in der Erfahrungsstufe 3 mit dem Tag der gesetzlichen Überleitung.

Bezahlung für Konrektor*innen der Haupt- & Realschulen bis zu 180 Schüler*innen

Nach Kritik der GEW an der Ungleichbehandlung zu entsprechenden Konrektor*innen im Grundschulbereich werden diese Beförderungstellen nun gleichgezogen und auch in A 13 mit Zulage eingruppiert; das führt dann auch zu EG 13 mit Zulage für Angestellte.

Die GEW NRW wird sich auch weiterhin für A 13 Z für alle Lehrkräfte zum Einstieg sowie die Höhergruppierung von Fach- und Werkstattlehrkräften auf A 10 einsetzen und kämpfen. Weitere umfangreiche Informationen auch zum Gesetz zur Attraktivitätssteigerung: www.gew-nrw.de/Beamtenrecht

v.i.S.P.
GEW NRW



2. Mai 2022



ÜBERSETZUNG INS RUSSISCHE VON: IRINA SLANIA

Solidarität mit den russischen Lehrkräften gegen Krieg „Teachers Against War“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit großer Freude haben wir die Nachricht erhalten, dass ihr euch gegen das engagiert, was derzeit in der Ukraine stattfindet. Wir bewundern euren Mut und euer Handeln!

Wir selbst haben lange und intensiv diskutiert, wie wir (als einer der größten Stadtverbände unserer Gewerkschaft in Deutschland) zum Konflikt in der Ukraine stehen. Letztlich haben wir an der alten gewerkschaftlichen Position festgehalten: Geld für Gesundheit, Soziales und Bildung – nicht für Waffen und Krieg!

Das muss für alle Seiten gelten, denn die Leidtragenden von Krieg und Waffengewalt sind nicht die Politiker und die, die Waffen verkaufen. Die Leidtragenden sind die „einfachen Leute“, unsere Kolleginnen und Kollegen, Brüder und Schwestern – und letztlich wir selbst.

Im Februar dieses Jahres herrschte bei uns in Deutschland eine Inflation von fast fünf Prozent. In der Verhandlung um unsere Löhne wollte man uns aber nur 1,4 Prozent zugestehen. Heute liegt die Inflation bei fast acht Prozent und plötzlich kauft unsere Regierung Waffen für 100 Milliarden Euro.

Kriege können gestoppt werden – wenn wir Beschäftigten uns zusammenschließen und sie aktiv verhindern. Das müssen wir über Ländergrenzen hinweg tun und unabhängig davon, welche Sprache wir sprechen, welche Hautfarbe wir haben, welcher Religion wir angehören.

Wenn wir euch unterstützen können, dann lasst uns das wissen.
Wir werden eure Aktionen hier in Deutschland bekannt machen.

Solidarität!
Herzliche GEWerschaftliche Grüße
Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Köln
Köln, den 6.4.2022



Das Pressefoto der Stadt Kiew zeigt Retter, wie diese die Folgen des russischen Beschusses im Bezirk Shevchenkivskyi der ukrainischen Hauptstadt am 26. Juni 2022 beseitigen. | Foto: Stadt Kiew

GEW-SOLIDARITÄTSBRIEFE AN UKRAINISCHE GEWERKSCHAFTEN

„Wir stehen solidarisch an eurer Seite“

Angesichts des Krieges in der Ukraine hat die GEW Solidaritätsbekundungen an die dortigen Bildungsgewerkschaften TUESWU und VPONU geschickt: „Viele unserer Mitglieder sind zutiefst besorgt und würden gerne helfen.“

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hat die GEW den beiden Bildungsgewerkschaften Trade Union of Education and Science Workers of Ukraine (TUESWU) und Free Trade Union of Education and Science of Ukraine (VPONU) konkrete Hilfe angeboten.

„Wir stehen solidarisch an eurer Seite. Viele unserer Mitglieder sind zutiefst besorgt und würden gerne helfen“, schrieben die GEW-Vorsitzende Maike Finnen und ihr Stellvertreter Andreas Keller in Solidaritätsbriefen an TUESWU und VPONU.

Die GEW hat einen Spendenaufruf zur Unterstützung der ukrainischen Bildungsgewerkschaften und ihrer Mitglieder gestartet.

Appelle an russische Regierung und EU

Zugleich bekräftigten beide: „Wir sind schockiert und entsetzt über den Angriff auf die Ukraine und den Krieg in Europa.“ Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften forderten die russische Regierung auf, sofort alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und die territoriale Integrität wiederherzustellen. Sie appellierten an die Europäische Union (EU) und deren Mitgliedstaaten, der ukrainischen Bevölkerung die notwendige humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

„Wir erleben eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs.“ (Resolution der Gewerkschaften)

In Berlin hatten sich am 27. Februar Hunderttausende Menschen vor dem Brandenburger Tor versammelt und für Frieden sowie ge-

gen Russlands Präsidenten Wladimir Putin demonstriert. Die Demo wurde von DGB und GEW unterstützt.

In einer Resolution der Gewerkschaften heißt es: „Wir erleben eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht erneut Krieg. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen auf das Schärfste den Einmarsch Russlands in die Ukraine und seine dortigen Raketenangriffe.“

SPENDEN

Angesichts des Krieges in der Ukraine ruft die GEW weiter zu Spenden für den Heinrich-Rodenstein-Fonds auf. Mit den Spenden sollen insbesondere die ukrainische Bildungsgewerkschaften und ihre Mitglieder unterstützt werden.

Viele von ihnen sind auf der Flucht nach Polen, in andere osteuropäische Länder oder nach Deutschland. Sie haben fast alles verloren und benötigen Hilfe.

Der Heinrich-Rodenstein-Fonds hilft Gewerkschafter*innen in Not und bei Verfolgung. Was er ausschüttet, finanzieren GEW-Mitglieder und andere Förder*innen mit ihren Spenden. Die Verwaltungskosten trägt die GEW.

Spendenkonto

Heinrich-Rodenstein-Fonds
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
IBAN: DE88 5005 0000 0084 0001 24

BIC: HELADEF3
Stichwort: Ukraine

Gewaltfreier Widerstand im Ukraine-Krieg mit anderen Waffen

Die Pazifistin Christine Schweitzer ruft die Ukraine zu sozialer statt militärischer Verteidigung auf. Kann das eine Alternative zu Waffenlieferungen sein? // **Gekürzter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Zeitung „Neues Deutschland“.** Von Ines Wallrodt, ND, 25.03.2022



ND: Sie fordern nicht nur ein sofortiges Ende des Krieges und Verhandlungen. Sie gehen darüber hinaus und rufen zu sozialer Verteidigung auf.

CS: Soziale Verteidigung als Konzept in der Friedensforschung wurde in den 1950er Jahren entwickelt, als angesichts der Atomwaffen deutlich wurde, dass eine Verteidigung letztendlich gar nicht mehr möglich sein würde. Einer der ersten, der diesen Vorschlag machte, war Stephen King-Hall, ein hoher britischer Offizier. Grundgedanke ist, dass auch ein Angreifer, Putschist oder Diktator in der Regel die Mitarbeit der Beherrschten braucht. Daraus ergibt sich ein Ansatzpunkt für Widerstand. Denn man kann eine solche Zusammenarbeit auch verweigern. Gewaltfreiheit oder Pazifismus sind richtig verstanden ein dritter Weg zwischen Gewalt und Nichtstun.

ND: Gibt es dafür Beispiele?

CS: Soziale Verteidigung könnte ein Generalstreik sein wie beim Kapp-Putsch 1920 in Deutschland, als man sich dem Versuch entgegenstellte, die neue Weimarer Republik zu stürzen. In anderen Fällen, in denen autoritäre Regimes gewaltfrei beseitigt wurden, kamen vielfältige Methoden zum Einsatz, zum Beispiel bei der Befreiung Sambias von der britischen Herrschaft 1961-63, beim Sturz von Marcos in den Philippinen 1986

CHRISTINE SCHWEITZER, geb. 1959, arbeitet wissenschaftlich zu Fragen von Krieg und Frieden am Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK). Sie ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung. Ihre Promotion schrieb Schweitzer über Interventionen im Raum des ehemaligen Jugoslawiens. Die Friedensforscherin ist in der Friedensbewegung aktiv und praktisch in der zivilen Konfliktbearbeitung u. a. auf dem Balkan engagiert.

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162475.gewaltfreier-widerstand-im-ukraine-krieg-mit-anderen-waffen.html>



oder den Aufständen in Osteuropa, auch in der DDR, die das Ende des Warschauer Pakts und der Sowjetunion besiegelten.

Der deutsche Friedensforscher Theodor Ebert hat den Begriff »dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration« geprägt. Hinter diesem sperrigen Wort steckt, dass man nicht in Streik tritt, sondern zum Beispiel als Beamtin oder Beamter an seinem Arbeitsplatz ist, aber Anweisungen nicht befolgt, falsch befolgt oder langsam befolgt. Das hat es schon mehrfach in der Geschichte gegeben, etwa in Norwegen während der Zeit der Besetzung durch die Nazis. Die Lehrer*innen sollten damals ein neues nationalsozialistisches Curriculum in den Schulen einführen. Doch sie haben einfach ihre alten Lehrpläne weiterbenutzt und sich geweigert, die Naziinhalte zu unterrichten.

ND: Und das hat funktioniert?

CS: Viele sind eingesperrt worden, aber da niemand kooperierte, mussten die Nazis die Lehrer wieder freilassen. Und die Schulen blieben nazifrei. Es gibt viele Beispiele für erfolgreichen gewaltfreien Widerstand, und Friedensforscher*innen haben ihre Erfolge vielfach dokumentiert. Soziale Verteidigung im Sinne einer vorher von einer Regierung beschlossenen und eintrainierten Verteidigung hat es allerdings bislang nicht gegeben.

ND: Die Ukraine hat sich aber für einen anderen Weg entschieden. Gegen Ihren Vorschlag wird deshalb eingewendet, dass er nicht die Angegriffenen berücksichtigt - und diese mutmaßlich auch nicht interessiert.

CS: In dem Moment, wo man Waffen liefert oder irgendetwas anderes tut zur Unterstützung des Krieges, übernimmt man Mitverantwortung für den Krieg und für die Gewalt. Und wenn man diese Gewalt ablehnt, hat man auch das Recht, solche Bitten abzuschlagen. So schwer es ist. Und überhaupt: In der Ukraine findet durchaus ziviler Widerstand statt. Es gibt etliche Berichte von Bürgermeistern, die sich weigern, die Anweisungen des russischen Militärs zu befolgen. Im Moment des Angriffs haben sich unbewaffnete Menschen Panzern entgegengestellt, und die Panzer haben teilweise wirklich abgedreht. Fakt ist, dass die Ukraine schon zweimal Erfahrungen mit zivilem Widerstand gemacht hat in den letzten 20 Jahren - 2004 in der Orangen Revolution und 2014 auf dem Maidan. Insofern wäre das vielleicht doch ein Weg, wenigstens für die Städte.

ND: Die Städte sollen sich besetzen lassen?

CS: Nach dem Prinzip der offenen Stadt, wie sie im Zweiten Weltkrieg vielfach angewendet wurde, besonders bekannt ist Rom.

ND: Bedeutet das nicht Kapitulation, so wie Russland sie etwa in Mariupol gefordert hat?

CS: Übergang zu sozialer Verteidigung heißt nicht Kapitulation. Bei einer Kapitulation akzeptiert man, dass der Besatzer das Recht und auch die Pflicht hat, für die Verwaltung und für die Bevölkerung zu sorgen. Stattdessen nimmt man hier zwar hin, dass die Truppen kommen und verzichtet auf militärischen Widerstand. Gleichzeitig beginnt man aber eine Art Volksverteidigung, nur ohne Waffen. Man wählt also in gewissem Sinne andere Waffen.

[...] Bei aller Bewunderung für den Zusammenhalt in der ukrainischen Gesellschaft stellt sich die Frage, wann Verteidigung noch verhältnismäßig ist.

ND: Wie würden Sie diese Frage beantworten?

CS: Wir sitzen hier im sicheren Deutschland. Und es ist natürlich billig, den Menschen in der Ukraine Ratschläge zu geben. Vielleicht gibt es eine Verhandlungseinigung und die Waffen schweigen. Das wäre natürlich zu hoffen. Denkbar ist aber auch, dass Russland sich militärisch durchsetzt. Dann ist vielleicht auch für die Ukrainer der Zeitpunkt gekommen, zu gewaltfreien Mitteln zu greifen.

Egal, ob es der eigene Diktator ist oder ob ein fremdes Land einmarschiert ist: Es geht eigentlich immer um dasselbe: Um die Beseitigung einer Herrschaft, die man nicht als tolerierbar ansieht.

ND: Wie könnte soziale Verteidigung dann aussehen?

CS: Bei einer Besetzung der Ukraine durch Russland würde sich der Widerstand mutmaßlich eher auf den politischen Bereich richten. Russland würde wahrscheinlich eine Regierung einsetzen und dann irgendwelche Wahlen durchführen und da ginge dann keiner hin, die Behörden würden nicht mitmachen und die Bevölkerung würde alles boykottieren, was von den neuen Machthabern kommt. Egal, ob es der eigene Diktator ist oder ob ein fremdes Land einmarschiert ist: Es geht eigentlich immer um dasselbe: Um die Beseitigung einer Herrschaft, die man nicht als tolerierbar ansieht.

ND: Viele andere Berichte aus der Ukraine erzählen allerdings, dass es dort weit mehr Freiwillige für die Armee gibt als die gerade braucht.

CS: Das will ich nicht bestreiten. Aber es gibt auch andere Stimmen - sicherlich ist es eine Minderheit. Natürlich ist es im Moment schwer, mit anderen Meinungen oder Fragen und Zweifeln Gehör zu finden. Ich glaube aber, wenn man Menschen fragen würde, wie es mit diesem Krieg weitergehen soll, würden auch mehr sagen, lasst uns doch lieber zu zivilem Widerstand übergehen. Aber man kann ja keine Volksbefragung machen mitten in einem Krieg.

ND: Der Bürgermeister von Kiew sagt: „Im schlimmsten Fall werden wir sterben, aber wir werden uns niemals ergeben.“ Soll heißen: „Lieber tot als unfrei“. Er scheint völlig andere Grundannahmen zu haben als Sie.

CS: Eine Grundannahme ist, dass kein Mensch das Recht hat, für andere Menschen zu entscheiden, ob sie leben oder sterben wollen. Gewaltfreier Widerstand ist nicht risikolos. Weltweit haben dabei viele Menschen ihr Leben verloren. Aber es ist zumindest die Option, wo man nur sich selbst in Gefahr bringt. Politiker sprechen mit solchen Statements jedoch nicht nur für sich selber, sondern sie entscheiden das für alle anderen. Auch für die, die das nicht wollen. Und dass es diese Menschen auch in der Ukraine gibt, sieht man ja daran, wie viele versuchen, das Land zu verlassen.

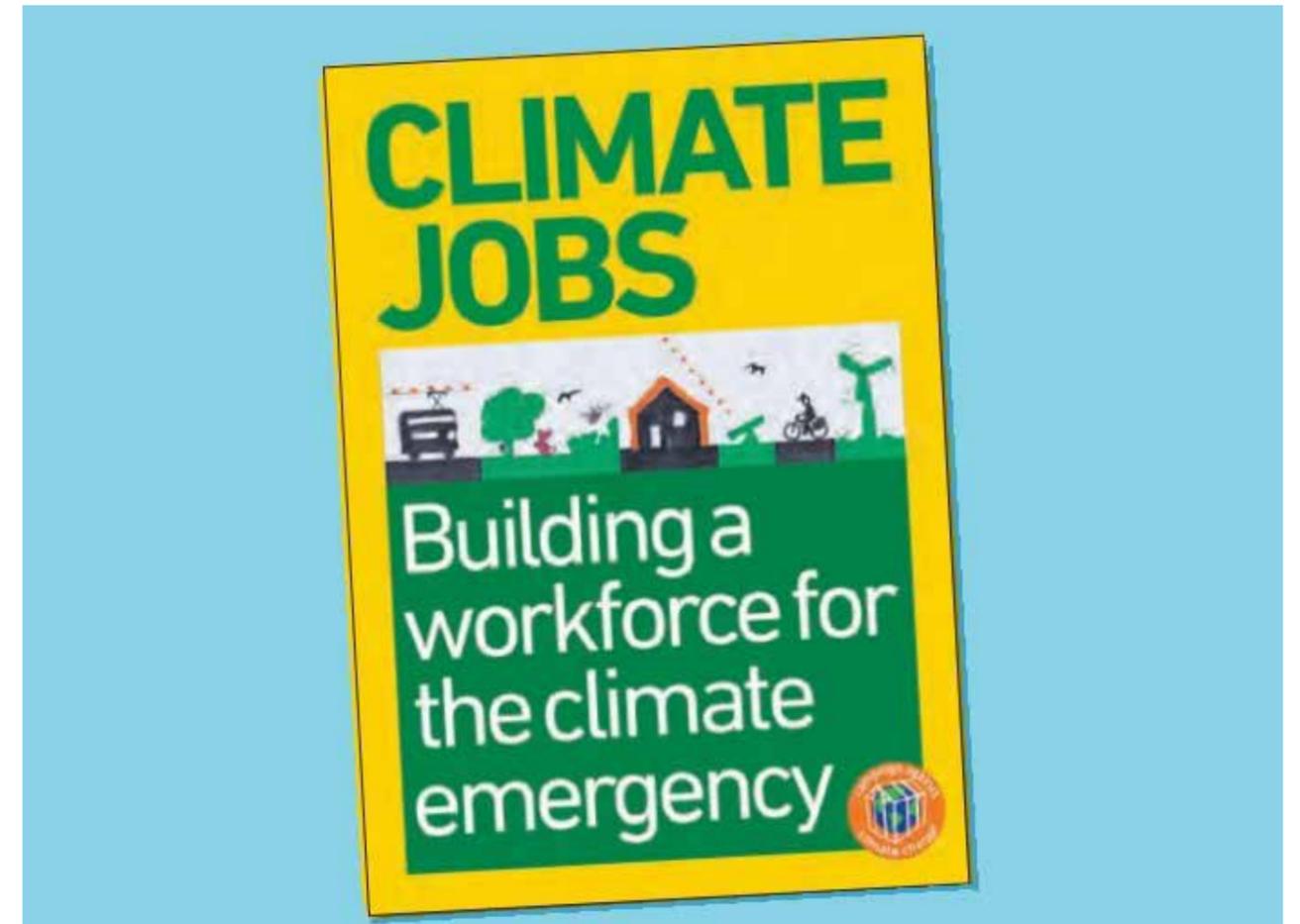
ND: Sie rufen auch die russische Bevölkerung und die russischen Soldaten auf, ihren Gehorsam zu verweigern. Wie realistisch finden Sie das in einem autoritären System?

CS: Ich sehe da sogar mehr Potenzial, als ich selbst lange Zeit gedacht habe. Wir wissen von einzelnen Leuten, die versuchen, sich dem Wehrdienst zu entziehen, indem sie das Land verlassen. Deutschland sollte das fördern und russischen Kriegsdienstverweigerern Asyl gewähren. Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) hat gerade eine sehr spannende Dokumentation »Russians are against the war on Ukraine« online veröffentlicht. Demnach sind in den ersten Tagen des Krieges in Russland mehr als 330 000 Tweets mit dem Hashtag »Nein zum Krieg« auf Twitter erschienen.

Das illustriert, die Zahl der Menschen, die den Krieg ablehnen, ist sehr viel höher, als man auf der Straße wahrnehmen kann. Viele der jungen Männer, die jetzt in der Ukraine kämpfen, stellen nun fest, dass die ganze Propaganda, mit der sie gefüttert wurden, nicht stimmt. Die Ukrainer haben nicht auf die Befreiung von Nazis gewartet. Und die Ukrainer können das auch noch in ihrer eigenen Sprache erklären. Gemeinsame Sprache und vielfältige familiäre Bande - das sind für soziale Verteidigung eigentlich günstige Bedingungen.

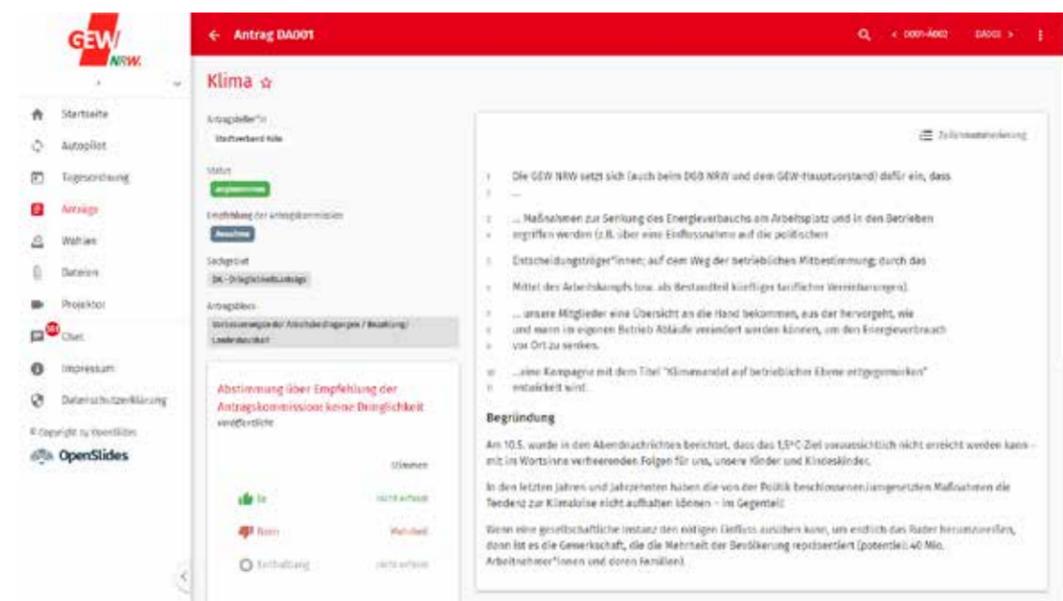
Mit klimafreundlichen Arbeitsplätzen gegen den Klima-Notstand

Die jüngste Veröffentlichung der CACCTU kommt gerade zur rechten Zeit und ist ein Beitrag zur Debatte über umweltgerechte und sozial gerechte Politik. Sie richtet sich an breite Schichten der Arbeitnehmerschaft. // **Chas Berry, Mitglied im Vorstand der NAPO (brit. Gewerkschaft der Bewährungshelfer*innen)**



Die jüngste Veröffentlichung der Campaign Against Climate Change Trade Union Group (CACCTU; „Kampagne gegen den Klimawandel - Gruppe der Gewerkschafter*innen“) trägt den Titel „Climate Jobs: Building a workforce for the climate emergency“ („Mit klimafreundlichen Arbeitsplätzen gegen den Klima-Notstand“). Sie kommt gerade zur rechten Zeit, ist als Beitrag zur Debatte über umweltgerechte Politik zu verstehen und richtet sich an breite Schichten der Arbeitnehmerschaft. Die Schrift knüpft an dem 2014 erschienenen Pamphlet „One Million Climate Jobs“ (dt.: „Eine Million klimafreundliche Arbeitsplätze“) an, stellt aber eine wesentlich umfangreichere Zusammenstellung dar, die darüber hinaus um ein digital zur Verfügung gestelltes „technisches Handbuch“ ergänzt wurde. Dieses liefert Quellen, Modelle und detaillierte Erklärungen zu einzelnen Aspekten. Auch wenn es für Britannien geschrieben worden ist, so sind die Herangehensweise wie auch die Schlussfolgerungen international anwendbar.

Auf dem NRW GEWerkchaftstag mit breiter Mehrheit angenommener Antrag des Kölner GEW-Stadtverbands:



Auf Initiative der Kölner GEW setzt sich die GEW NRW für Klimaschutz auch auf betrieblicher Ebene ein.

Die Broschüre stellt einen begrüßenswerten Kontrapunkt dar zu der „düsteren Sichtweise“, die seit dem Scheitern der COP26-Konferenz von Glasgow einen Großteil der Klimabewegung erfasst hat. Es liefert praxisbezogene Lösungen, mit denen Arbeitsplätze gesichert werden und Millionen von Menschen Sicherheit gegeben wird, die bereits vom Klima-Notstand betroffen sind. Die Grundlage bildet ein rationaler Plan, der öffentliches Eigentum an den Schlüsselindustrien der Wirtschaft voraussetzt.

Forderung nach einem öffentlichen Dienstleistungsunternehmen für den Klimaschutz

Die zentrale Forderung des ursprünglichen Pamphlets mit dem Titel „One Million Climate Jobs“ bestand darin, ein landesweites öffentliches Dienstleistungsunternehmen für den Klimaschutz zu schaffen. Beschäftigte sollten darüber unmittelbar „grüne Arbeitsplätze“ bekommen.

Im Detail nimmt die neue Broschüre sich vor, was in den Bereichen Energie, Wohnungsbau, Transport und Verkehr, Bodennutzung und Recycling erreicht werden kann. Am Ende wird die Frage gestellt, wie die abhängig Beschäftigten die entsprechenden Forderungen in ihren Betrieben verbreiten können. Alle Autor*innen sind Gewerkschafter*innen, Umweltaktivist*innen und Wissenschaftler*innen, die als Spezialist*innen auf den einzelnen Feldern gelten.

Nimmt man sich das Kapitel über den Energiesektor vor, so wird dazu eine detaillierte Untersuchung darüber geliefert, wie viel Strom mit erneuerbaren Energien erzeugt werden muss, um die fossilen Brennstoffe ohne negative Folgen für die Industrie ersetzen zu können. Keine Lampe würde ausgehen und auch die Heizungen in den Privatwohnungen blieben in Gang. Die Zielvorgaben sind enorm aber erreichbar. Es wird dezidiert dargelegt, wie dies durch einen

Mix aus Windkraft, Sonnenenergie und die Stromerzeugung durch Tide- sowie Wasserkraftwerke bis 2038 einfach erreicht werden kann, ohne dabei auf Atomkraft oder unausgereifte Techniken zur Bindung von CO₂ angewiesen zu sein.

Zum Beispiel durch bessere und effektivere Heizungsanlagen und entsprechende Dämmung von Wohnraum ist ein großer Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels möglich. Das Heizen unserer Wohnungen erfordert zwischen 300 TWh/Jahr und 370 TWh/Jahr. Die Autor*innen gehen davon aus, dass diese Werte innerhalb von zehn Jahren halbiert werden können. Dazu müssen Brenner ausgetauscht und durch neue Wärmequellen ersetzt werden. Die bestehende Bausubstanz muss komplett wärmeisoliert werden. Dazu ist es nötig, jedes Gebäude Straße für Straße umzurüsten. Es wird geschätzt, dass ein Plan dieses Umfangs allein im Vereinigten Königreich zur Schaffung von zwei Millionen Arbeitsplätzen bis 2030 führt. Die Autor*innen räumen ein, dass einige neue Technologien wie etwa Wärmepumpen nicht in jedem Fall möglich sind. Auch stehen sie der breiten Umstellung vom Gasbetrieb auf Wasserstoff kritisch gegenüber, weil sie diese Technik korrekter Weise als einen Versuch der Energiekonzerne betrachten, den üblichen Betrieb aufrecht zu erhalten und im Grunde so weiterzumachen wie bisher.



Link zur CACCTU, unter dem die vollständige Broschüre online zur Verfügung gestellt wird.

Gezeigt wird damit, was erreicht werden kann, wenn die Produktion auf demokratischer Kontrolle basiert und auf den Bedürfnissen der Menschen – anstatt auf dem Streben nach Profit.

Umstellung des öffentlichen Nahverkehrs

Die Autor*innen weisen darauf hin, dass der Verkehr im Vereinigten Königreich den größten Beitrag zu den Treibhausgasemissionen leistet. Lässt man den internationalen Flug- und Schiffsverkehr außen vor (die ihrerseits in enormem Umfang zur Klimaerwärmung beitragen), so steht der Bereich Transport und Verkehr für 27 Prozent aller Emissionen. Will man den dringend nötigen Wandel schaffen, dann besteht die größte Herausforderung darin, den individuellen Autoverkehr anzugehen. Der PKW ist immer noch das bevorzugte Verkehrsmittel. 76 Prozent aller britischen Haushalte haben ein Auto und manche sogar mehr als eins. Die Autor*innen fordern eine umfassende Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs, um die Menschen aber auch Güter vom Individualverkehr zu entkoppeln und auf die Schiene, in Busse und Bahnen zu bringen. Eine Straßenbahn in einer Großstadt kann knapp 40 PKW auf der Straße ersetzen!

Es wird nicht einfach sein, sich vom Individualverkehr mit dem PKW zu lösen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die profitorientierte Marktwirtschaft von einer Unzahl täglich stattfindender kurzer (und nicht gar so kurzer) Fahrten abhängig ist, zu denen auch die Strecken zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, Schulstätte, Einkaufsmöglichkeit oder Freizeiteinrichtung gehören. Während die Coronapandemie angeblich zu einer Ausweitung des home office und zunehmenden Online-Bestellungen geführt hat, gehen die Autor*innen davon aus, dass eine massive Reduzierung von rund 108 Megatonnen an Treibhausgasen (= CO₂e) pro Jahr möglich ist. Sie stellen die Schaffung von 100.000 neuen Arbeitsplätzen allein im Bereich des Schienenverkehrs in Aussicht, wenn die dafür nötigen Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden.

Was allerdings zweifelsfrei klar ist, ist, dass der Austausch von Fahrzeugen mit Benzin- und Dieselantrieb durch Elektrofahrzeuge das Problem der Schaffung eines nachhaltigen Transport- und Verkehrssystems nicht lösen wird. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Der erhöhte Strombedarf in Konkurrenz zu anderen Bereichen und die Nachfrage nach Ressourcen für Batterien, die bei weitem über dem läge, was heute bereitzustellen möglich ist. Die Ausbeutung des globalen Südens müsste noch stärker vorantreiben gehen, um die entsprechenden Mineralien fördern zu können.

Keine planvolle Energiewende kann die Notwendigkeit außer Acht lassen, vom massenhaften Gebrauch privater Fahrzeuge auf Fortbewegungsmittel umsteigen zu müssen, die sich im Eigentum der Gesellschaft bzw. von größeren Gemeinschaften befinden und die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müssen. Auch wenn elektrisch betriebene Züge, Busse und Straßenbahnen nicht in der Lage sind, umgehend sämtliche Transportfahrten zu übernehmen, so raten die Autor*innen dazu, eine nachhaltige Anzahl an Elektrofahrzeugen für Car-Sharing-Angebote zur Verfügung zu stellen. Dies muss durch Vereine geschehen und es muss um öffentlich zugängliche Fahrzeuge gehen, die mit den Smartphones der Nutzer*innen verbunden sind. Derartige Vorschläge sind nicht schwer umzusetzen, wenn man Unternehmen wie „Uber“ in Gemeineigentum überführt.

Das Müll-Problem

Das Kapitel über die Reduzierung und den Umgang mit Müll trifft den Kern eines Grundproblems, das mit der marktwirtschaftlichen Produktionsweise zusammenhängt. Das Motiv für die Produktion von Waren in großer Stückzahl (oft für den einmaligen Gebrauch) besteht aus dem daraus erwirtschafteten Profit. Es geht nicht darum, gesellschaftliche Bedürfnisse abzudecken. Von daher gibt es keinen Anreiz, Güter herzustellen, die eine lange Lebensdauer haben oder repariert oder recyclet werden können, ohne (aus Gründen des Profits!) von neuem produziert zu werden.

Die Autor*innen weisen darauf hin, dass heute den kommunalen Verwaltungen die Aufgabe zukommt, mit der unfassbaren Menge an Müll klarzukommen, die im Vereinigten Königreich anfällt. Nur 45 Prozent davon wird recyclet oder ist kompostierbar. Als Alternative zu Deponien wird in großem Umfang Gebrauch gemacht von der Methode der Müllverbrennung. Doch dabei werden aufs Neue Emissionen freigesetzt, und es entsteht Hitze, die höhere Werte erreicht als das, was in Kohlekraftwerken gemessen wird. Stattdessen wird die Schaffung von gut 83.000 Arbeitsplätzen empfohlen, die vom „National Climate Service“ zu koordinieren sind, der einen kollektiven und an den Interessen der jeweiligen Gemeinde ausgerichteten Ansatz verfolgen muss, um mehr Güter wieder instand zu setzen und zu erneuern. Ziel muss demnach eine „Kreislauf-Wirtschaft“ sein.

„Klima-Kampf als Klassenkampf“

Im letzten Kapitel richten die Autor*innen sich an die Umweltaktivist*innen. Sie sollten den Aspekt der klima- und umweltfreundlichen Arbeitsplätze in unseren Betrieben aufgreifen und dafür werben, wie einige dieser gesammelten Vorschläge umgesetzt werden können, um sowohl die CO₂-Emissionen in allen Wirtschaftszweigen zu senken als auch die Energiewende hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu unterstützen. An die Beschäftigten richten sich die Autor*innen, um sowohl vor Ort als auch in landesweiten Kampagnen aktiv zu werden, die das Problem der Arbeitsplatzgarantien mit der Notwendigkeit verknüpfen, zu einem strategischen wie auch transformativen Paradigmenwechsel zu kommen. Zitiert wird in diesem Zusammenhang der „Lucas Plan“ für eine alternative Produktionsweise, der 1976 von den Beschäftigten beim Unternehmen „Lucas Aerospace“ entwickelt entwickelt worden ist. Dies sei ein Beispiel für das, was erreicht werden kann.

Auch wenn die Autor*innen in ihrer Schrift nicht in voller Ausführlichkeit auf die Bedeutung des „Lucas Plans“ eingehen, so dient er dennoch als Paradebeispiel dafür, welche Rolle die Beschäftigten selbst einnehmen können. Die Menschen aus der Arbeitnehmer-schaft sind in der Lage, die auf Profitstreben basierende Marktwirtschaft (auch Kapitalismus genannt) herausfordern zu können. Und sie können die damit einhergehenden zerstörerischen Kräfte letztlich sogar durch produktive und nachhaltige Alternativen ersetzen. Gezeigt wird damit, was erreicht werden kann, wenn die Produktion auf demokratischer Kontrolle basiert und auf den Bedürfnissen der Menschen – anstatt auf dem Streben nach Profit.

Dauerhafter Nulltarif und Bahnausbau statt Schnupper-9-Euro-Ticket für drei Monate!

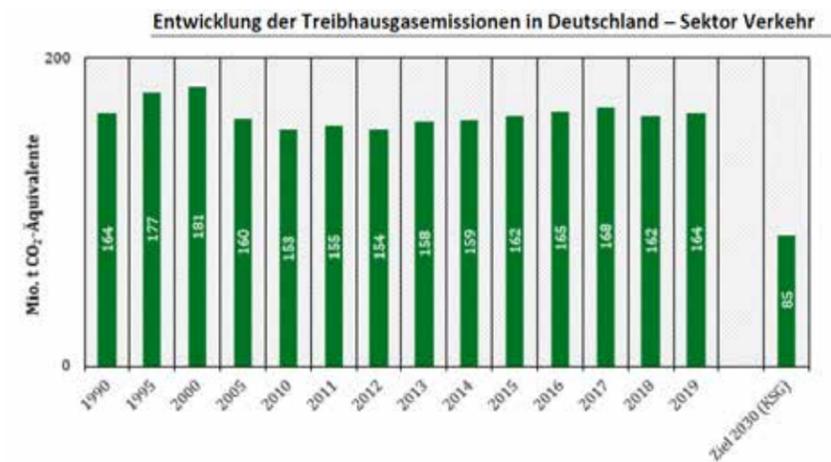
Es hätte so schön sein können ...: Endlich Nulltarif in allen öffentlichen Verkehrsmitteln! Ein Traum würde wahr oder vielmehr: Eine Notwendigkeit, eine längst überfällige Maßnahme zum Klimaschutz würde umgesetzt. Und geringere Lebenshaltungskosten hätten wir damit auch. // **Conny Dahmen, Lehrerin an einem Kölner Gymnasium**

Jetzt haben wir fast den Nulltarif. Neun Euro im Monat müssen, fast schon symbolisch, bezahlt werden. Ob das die Verwaltungskosten für die Umstellung der Abos und Automaten abdeckt, ist fraglich. Einfach nicht mehr im Zug kontrollieren, die Automaten stilllegen, kein Geld mehr für Abos einziehen – das wäre in diesem Punkt sicherlich billiger gewesen. Aber wo kämen wir hin.

Und neun Euro kosten ja in den meisten Orten gerade mal drei Einzelfahrten. Doch „natürlich“ gilt das 9-Euro-Ticket nicht wirklich im Fernverkehr, sondern nur in der Summe aller Nahverkehrsverbände. Dennoch werden so viel mehr Leute endlich vom Auto auf die Bahn umsteigen! Also, zumindest diejenigen, die einen vernünftigen Bahnanschluss am Wohnort oder Arbeitsplatz haben. Oder zumindest einen Bus. Und die nicht zu viel mitschleppen müssen. Und die Zeit haben, auf verspätete, ausgefallene, stehende Bahnen zu warten. Und die nervenstark sind.

Mehr Fahrgäste aber nicht mehr Züge

„Wenn ich jemals wieder planen sollte, mit der Bahn fahren: Schlag' mich! Halt' mich zurück! Ich will das NIE wieder machen!“, sagt ein Mann auf dem Sitz zwei Reihen hinter mir ins Telefon. Er erzählt, er habe – auf dem Weg von Saarbrücken bis Münster – drei Stunden Verspätung, zwei Stunden waren es auf der Hinfahrt. Heftig aber nicht ungewöhnlich. Und im Sommer wird es nicht besser. Denn was nicht passiert: Es wird nicht mehr Personal eingestellt, um die Züge zu fahren, um die Gleise zu warten, die Weichen zu stellen, umgefallene Bäume und



Quelle: eigene Darstellung, UBA

Seit dem „Kyoto-Protokoll“ von 2005 ist es noch schlimmer geworden. Daran hat auch das 2018 gefasste „Übereinkommen von Paris“ nichts geändert. Quelle: Umweltbundesamt (Hg.): „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland; Aktualisierte Ausgabe 2021“.

andere Unwetterschäden zu beseitigen. Oder die krankgeschriebenen Leute zu vertreten, die all dies tun.

Es werden auch nicht mehr Züge und Busse eingesetzt, um all die Leute mitzunehmen, die entweder aus Vernunft oder aus Kostengründen auf die Öffis umsteigen. Wer mit dem RE1 zwischen Köln und dem Ruhrpott pendelt, wird bei dem Gedanken daran, es könnten noch mehr Leute mitfahren, von kaltem Grauen gepackt. Irgendwie ist es einfach die einzige vernünftige Verbindung in der Stunde, selbst die ICE fahren alle mehr oder weniger gleichzeitig. Einziger Lichtblick am frühen Morgen: Es werden gar nicht so viel mehr Pendler*innen sein, da zwischen Juni und August viele im Urlaub sind, die das 9-Euro-Ticket dann eher für Freizeitfahrten nutzen.

Und es gibt einfach so viele Strecken, auf denen „die Öffentlichen“ keine Alternative bieten und selbst der teure Stau am Morgen noch eher zum Ziel führt – nicht nur auf dem Land. Wer Geld hat, kann ja auf den ICE ausweichen (wobei der oft richtig viel Verspätung hat) oder halt im Auto bleiben.

Symbole reichen nicht

Die Deutsche Bahn und die lokalen Verkehrsbetriebe sind in den vergangenen Jahrzehnten so heruntergewirtschaftet bzw. unzureichend ausgebaut worden, dass Nulltarif und eine wirkliche Wende weg vom Individualverkehr kaum realistisch erscheinen. Städte haben noch einen und noch einen Autoring gebaut, die Stadtbahnen unter die Erde gelegt, um immer mehr Autos immer mehr Platz zu schaffen. Und die Fahrpreise steigen, jedes Jahr.

Anstatt kurzfristiger Alibi-Maßnahmen eines Autolobby-Ministers brauchen wir dauerhafte Niedrigpreise bei der Bahn, Nulltarif im ÖPNV und massive Investitionen in das gesamte öffentliche Verkehrsnetz und die öffentliche Infrastruktur. Mit den dafür vorgesehenen 2,2 Milliarden, so die Pläne von FDP-Verkehrsminister Wissing, wird das nichts – mit den 70 Milliarden Euro, die jedes Jahr in Subventionen für fossile Energien gesteckt werden, schon.

Starker Streik der Lehrkräfte in Brüssel und der Wallonie

Am 10. Februar sind die Lehrkräfte des französisch-sprachigen Teils von Belgien auf die Straße gegangen. Nicht weniger als 10.000 Kolleg*innen protestierten gegen die Politik von Caroline Désir, die Bildungsministerin der Föderalregion Brüssel-Wallonie. // **Bericht einer belgischen Lehrkraft**

Mit Beginn der Coronakrise ist der Bildungsbereich zum „systemrelevanten Sektor“ erklärt worden. Caroline Désir, die Bildungsministerin der Föderalregion Brüssel-Wallonie von der sozialdemokratischen „Parti Socialiste“, hat die Beschäftigten sogar als „Helden des Alltags“ bezeichnet. Doch ihre Worte verblassen, wenn man sie mit dem Zustand abgleicht, der in den Bildungseinrichtungen herrscht. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die von der Pandemie noch verschärft worden ist.

Die ohnehin schon überlastete Kollegenschaft in diesem Sektor muss zu allen anderen Problemen auch noch mit der Gesundheitskrise zurechtkommen. Und als wäre das nicht heftig genug, werden die Kolleg*innen von den althergebrachten Politiker*innen auch noch wegen ihres „Absentismus“ verhöhnt. Jetzt aber sind die Beschäftigten zu der Entscheidung gelangt, dass es reicht. Sie sind in den Streik getreten und haben an zahlreichen Schulen Versammlungen anberaumt.

Am 10. Februar sind die Lehrkräfte auf die Straße gegangen und haben mobilisiert wie schon seit elf Jahren nicht mehr. Nicht weniger als 10.000 Menschen demonstrierten gegen das Bildungsministerium von Brüssel-Wallonie. Die Teilnehmer*innen an den Protesten skandierten Forderungen nach mehr Mitteln für die Bildung und griffen die Ministerin direkt an: „Ihre Ziele schaffen Chaos“. Einige haben gehofft, dass diese Protestwelle in rot, grün und blau ein politischer Schock sein würde. Doch die Gewerkschaftsspitzen haben keinen Zweifel daran gelassen, wie die politischen Entscheidungsträger*innen darauf reagieren werden: „Blah, blah, blah“.

Diese Mobilisierung kam nach zwei Jahren Pandemie, die dem Personal einiges abverlangt hat, das sich in dieser Zeit vom herkömmlichen Politbetrieb oft verlassen gefühlt hat. Doch die Pandemie hat die Probleme der unzureichenden Ressourcen und der in rasantem Tempo durchgeführten Verwaltungsreform nur weiter verschärft. Die Schulen stehen nun in Konkurrenz zueinander und den Lehrkräften wurden noch mehr administrative Aufgaben auferlegt.

In einem Interview mit dem belgischen Radio- und Fernsehsender RTBF erklärte Jérémiah, der als Lehrer arbeitet:

„Über 45 Prozent der Junglehrer*innen geben den Job innerhalb der ersten fünf Jahre auf. Das zeigt, dass unter den jungen Kolleg*innen

ganz reales Unwohlsein herrscht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Der erste, den ich wahrnehme, ist die prekäre Situation, die Tatsache, dass es viele junge Lehrkräfte gibt, die zwischen mehreren Schulen hin- und herpendeln müssen. Abgesehen davon war ich überrascht, dass wir als Pädagog*innen oft gebeten werden, Kästchen anzukreuzen, um administrative Aufgaben zu erledigen, die völlig überflüssig erscheinen und nichts mit der konkreten Vorbereitung zu tun haben, für die wir sorgen müssen, um sicherzustellen, dass unser Unterricht gut ist und dass die Schüler*innen sich weiterentwickeln“.

Es steht fest: Die Proteste waren riesig. Auf ihrem Nachhauseweg von der Demonstration äußerte die Lehrerin Elise ganz begeistert:

„Wie so viele junge Lehrer*innen war auch ich zum ersten Mal auf einer Demonstration für die Bildung! Was für ein tolles Gefühl, Teil dieser riesigen Menge an Lehrkräften zu sein, die alle ihre Schilder mit Forderungen nach einer besseren Bildung dabei haben: Mehr Geld, Klassen mit höchstens 15 Schüler*innen, gesunde Gebäude usw. Kurz gesagt geht es um gute Bedingungen für qualitativ hochwertigen Unterricht. Es ist ganz klar, dass niemand hier gewesen ist, um irgendwelche »Privilegien« zu verteidigen, sondern um für die Zukunft unserer

Kinder zu kämpfen. Uns allen war aber klar, dass das erst der Anfang sein kann... Wir werden wieder zusammenkommen müssen und beim nächsten Mal noch mehr Kolleg*innen mobilisieren!“.

Jetzt ist es nötig, über die nächsten Schritte zu diskutieren. Wie David, Lehrer aus Liège, erklärt:

„Ein großes Problem bei Demonstrationen von Lehrkräften ist, dass wir viel zu nett sind. Es gibt andere Branchen, wo die Beschäftigten es hinbekommen, sich viel stärker Gehör zu verschaffen. Sie werden uns belächeln, weil sich die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, nicht ändern und die Regierung an ihren Reformen festhält.“

Der Erfolg der Mobilisierung am 10. Februar ist vor allem auf die Versammlungen zurückzuführen, die im Vorfeld durchgeführt worden sind. Diese Dynamik der Versammlungen muss weitergehen, um die Basis der Gewerkschaften auf Grundlage eines echten Aktionsplans und von Forderungen zu mobilisieren, die demokratisch diskutiert werden müssen anstatt sie von oben aufzuerlegen.

Die Forderungen lauten: Mehr Geld, Klassen mit höchstens 15 Schüler*innen, gesunde Gebäude usw. Kurz gesagt geht es um gute Bedingungen für qualitativ hochwertigen Unterricht.

„Über 45 Prozent der Junglehrer*innen geben den Job innerhalb der ersten fünf Jahre auf.“

An die
Botschaft der Islamischen Republik Iran

Köln, den 5. Mai 2022

**Gefangenen die medizinische Behandlung
zu verweigern ist ein Verbrechen!**

Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran!

Für die sofortige Freilassung von Behnam Moosivand!

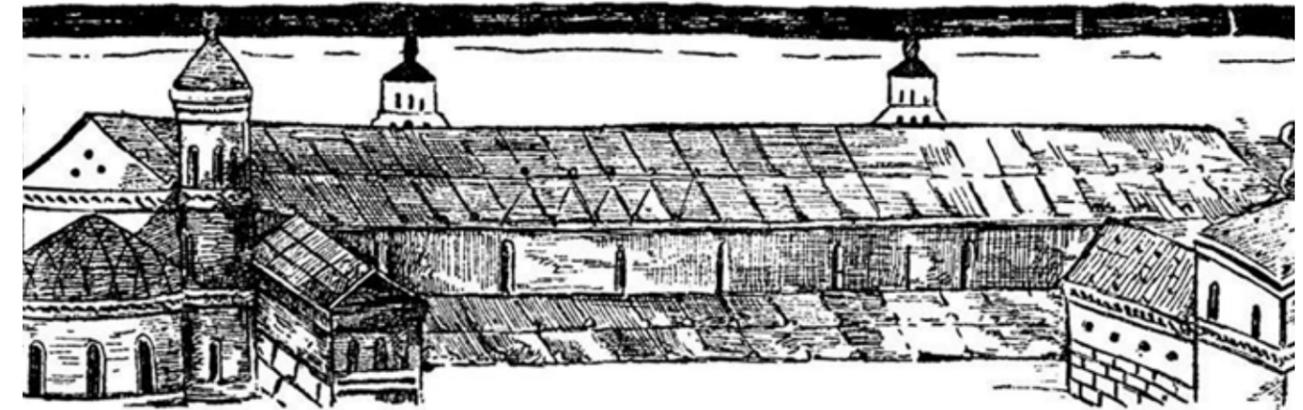
In den letzten Tagen wurde uns mitgeteilt, dass sich Behnam Moosivand, ein politischer Gefangener und Aktivist im Iran, in einem äußerst schlechten Gesundheitszustand befindet. Moosivand befindet sich seit mehr als elf Tagen im Hungerstreik, um gegen das Verhalten der Gefängniswärter zu protestieren.

Sechs Tage nach Beginn des Streiks wurde bekannt, dass sich sein Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert hat. Am 26. April wurde er aufgrund seines sich verschlechternden Zustands in das Krankenhaus von Taleghani verlegt.

Was Behnam Moosivand widerfährt, hat sich in iranischen Gefängnissen schon oft wiederholt und in einigen Fällen zu einer Tragödie geführt. Im April dieses Jahres veröffentlichte Amnesty International einen ausführlichen Bericht über Todesfälle aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung in iranischen Gefängnissen. Diesem Bericht zufolge hat der Mangel an medizinischer Versorgung von Januar bis April bereits zum Tod von 96 Gefangenen geführt.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Moosivand sowie die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. In den letzten Monaten - nach einer neuen Welle von betrieblichen und sozialen Kämpfen - wurden viele Gewerkschafter*innen und politische Aktivist*innen vom Regime auf kriminelle Weise verhaftet. Wir fordern ihre Freilassung und das Ende aller Repressionen, Folter und staatlicher Gewalt.

Mit GEWERKSCHAFTLICHEN Grüßen
Der Geschäftsführende Vorstand der GEW Köln



Der alte, karolingische Dom in Köln. Aus dem Hillinius Codex der Kölner Dombibliothek, Nachzeichnung von Max Hasak von 1911.

Dom unter dem Dom

// Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin

Vor einigen Tagen habe ich gelesen, nur die Hälfte aller Bundesbürger ist noch Mitglied einer Kirche. Meine drei ungetauften Enkel erzählten, dass ihre Freunde alle aus der Kirche austreten oder austreten wollen, denn das ist nicht so einfach, weil es einen so großen Andrang gibt. Es ist nicht zu erwarten, dass die in der Kirche Verbliebenen noch Geld, Kraft, Ausdauer und genug Idealismus haben, große Kirchen zu bauen, zumal sie genug mit innerbetrieblichen Schwierigkeiten zu tun haben. Wohl dem, der schon eine große Kirche hat, errichten würde man in Köln keine so große Kirche mehr wie unser Weltkulturerbe Kölner Dom. Wahrscheinlich wird es die letzte Kirche auf diesem Platz sein, die erste ist sie jedenfalls nicht.

Der Domplatz ist ein sehr alter Ort der Gottesverehrung und nicht nur christlicher. Die erste christliche Kirche, eine dreischiffige Basilika mit Atrium und Baptisterium entsteht 313-314 n. Chr. Erzbischof Hildebold erweiterte die Westseite dieses „Ältesten Doms“, also des Vorgängers vom „Alten Dom“, der 870 eingeweiht wurde. Wie schon die Vorgängerbauten war der Alte Dom Petrus und Maria geweiht. Somit hatte Köln wie Rom eine bedeutende Peterskirche von beachtlicher Größe, nur um 14 Meter kürzer als der heutige Dom.

Wir waren aufgebrochen, die Überreste vom Ältesten und Alten Dom anzusehen. Markus Juraschek-Eckstein wollte uns die

Ausgrabungen zeigen. Ich war schon verblüfft, als er einen Schlüssel aus der Tasche zog und eine Seitentür des Domes aufschloss. Wer hat schon einen Schlüssel vom Kölner Dom? Ich hatte den Schlüssel für eine ganze Schule, aber das ist ja lange nicht dasselbe! Geradezu mit Ehrfurcht folgte ich ihm in die Unterwelt, die sich als wesentlich umfangreicher erwies, als ich mir vorgestellt hatte. Es gibt wohl kaum eine andere Stadt, die eine Baustelle besitzt, die fast 2000 Jahre alt ist. Ein Zeichen reger Bautätigkeit ist das Epitaph Graf Emundus von Friesheim. Er hatte seine Grafschaft und ein Buch dem Domstift vermacht, um eine letzte Ruhestätte in der Kirche zu bekommen. Das war bestimmt der richtige Ort, um möglichst schnell und ungehindert in den Himmel aufzusteigen. Dieses Grab musste im 15. Jahrhundert dem Fundament eines Pfeilers des Weltkulturerbes weichen. Der Graf verschwand im Bau, der leere Sarkophag blieb. Für den Bau einer gotischen Kirche gigantischen Ausmaßes hatte man in Köln kaum Erfahrung. Um Stabilität zu erlangen, grub und grub man. 16 Meter unter dem Niveau des heutigen Bodens ist das Fundament des Pfeilers. Damit wäre ja eigentlich der Streit „wer hat den höchsten Kirchturm der Welt“ zwischen dem evangelischen Ulmer Münster und dem katholischen Dom beendet. Rein äußerlich misst der Kölner Turm vom Boden bis zur Spitze 157,18 Meter, der Turm des Münsters 161,55 Meter. Durch die 16 Meter langen Pfeiler verlängert sich der Turm

auf 173,18 Meter, also eindeutig größer, auch wenn man es nicht so direkt sieht. Außerdem hat der Dom zwei Türme!

Wahrscheinlich stünde der solide gebaute Alte Dom noch heute, wenn der Kölner Erzbischof Reinald von Dassel nicht die Gebeine der Heiligen Drei Könige aus Mailand „mitgenommen“ hätte. Der Alte Dom war zwar groß, aber für diese Reliquien brauchte es eine ganz besondere Kirche.

Am 15. August 1248 war es dann so weit: Erzbischof Konrad von Hochstaden legte den Grundstein für den Neubau des gotischen Doms, an dem, wie wir alle wissen, besonders lange gebaut worden ist oder wird?

1946, Köln lag in Trümmern und man könnte meinen, man hatte andere Dinge dringend zu tun, begann man mit archäologischen Ausgrabungen unter dem Fußboden der Kathedrale, da dort wegen der Kriegsschäden kein Gottesdienst gehalten werden konnte. Es war wohl weniger Neugier als die Sorge um die Stabilität des Domes.

Diesen Ausgrabungen ist es zu verdanken, dass heute viele Besucher sich über einen besonderen Teil der Stadt- und Kirchengeschichte informieren können. Ein Tipp an die Dombauhütte: es wäre angebracht, hin und wieder ein Sitzmöbel zu installieren, wenn man einem Domführer mit so viel Wissen folgt.

Einladung zu einem Spaziergang im Königsforst

- Donnerstag, 18.08.2022
- Treffpunkt: Forsthaus Steinhaus (Steinhaus 1, 51429 Bergisch Gladbach) um 10.45 Uhr
- Kosten: 5 Euro
- Im Rahmen der Regionale 2010 wurde das Forsthaus Steinhaus zu einem Infoportal ausgebaut. Hier startet unser Spaziergang (ca. 80 Minuten). Der Förster Martin Barth wird uns über Waldschäden informieren, aber auch Perspektiven für eine nachhaltige Waldwirtschaft an Beispielen erläutern.
- Anschließend besteht im Waldcafé Steinhaus unmittelbar am Infozentrum die Möglichkeit einen Imbiss, einen Kaffee und/oder ein Kuchenstück zu genießen. Bitte bei der Anmeldung angeben, ob dafür Interesse besteht.
- **Anreise:**
- Mit dem PKW
- Autobahn A4 - Abfahrt Moitzfeld, an der Ampel geradeaus in die Friedrich-Ebert-Straße Richtung Kürten, Herkenrath. An der nächsten Ampel scharf rechts auf den Parkplatz des Technologie-Parks. Hier stehen Ihnen genügend Parkplätze zur Verfügung.
- Mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Mit der Linie 1 bis Endhaltestelle Bensberg, dort vom Bushof - Bussteig 2 Linie 421 oder 454 bis Technologie-Park.
- Zum Forsthaus gehen Sie dann ca. 100 m weiter geradeaus über die an den Parkplatz anschließende Brücke über die Autobahn. An der nächsten Weggabelung halten Sie sich rechts und gehen direkt auf das Forsthaus Steinhaus zu.

Einladung zu einer Tagesfahrt am 20. September 2022 zum Nationalpark De Hoge Veluwe und der zweitgrößten Van-Gogh-Sammlung der Welt

- Abfahrt ab Bensberg-Busbahnhof: 8.30 Uhr
- Zustieg am Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz: 9.00 Uhr
- Der Nationalpark „De Hoge Veluwe“ und das Kröller-Müller Museum bieten eine einzigartige Kombination aus Natur, Kunst und Architektur. Es ist ein idealer Ort, um Ruhe, Weite und Stille in abwechslungsreicher Landschaft zu genießen. Im Museum und im zugehörigen Skulpturengarten erwartet euch eine 1,5-stündige Führung durch die weltberühmte Kunstsammlung.
- Die Sammlung des Kröller-Müller Museums ist rund um die umfangreiche Sammlung mit Werken von Vincent van Gogh entstanden. Darüber hinaus sind dort George Seurat, Pablo Picasso, Fernand Léger, Piet Mondrian und viele andere Künstler mit bedeutenden Werken vertreten. Danach gibt es Zeit für einen eigenen Rundgang sowie eine Pause in der Cafeteria.
- Rückfahrt voraussichtlich: 16.00 Uhr
- Ankunft Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz: 18.00 Uhr
- Bensberg Busbahnhof: 18.30 Uhr
- Die GEW übernimmt für die Buskosten, ihr zahlt für Eintritt und Führung: 25 Euro
- Bitte verbindlich anmelden bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) und nach Anmeldebestätigung den Teilnahmebetrag überweisen an den GEW Stadtverband Köln, BBBank eG, IBAN: DE93 6609 0800 0000 8831 07.

Einladung zu einem historischen Gang durch Riehl: Von der Naumannsiedlung bis zur Kirche St. Engelbert mit Markus Juraschek-Eckstein

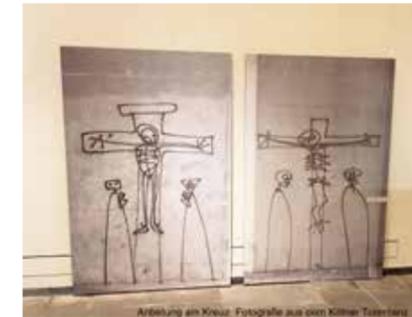
- Termin: Donnerstag, 20. Oktober 2022, 10.30 Uhr
- Treffpunkt: Ecke Boltensterstraße/Barbarastraße
- Kosten: 10 Euro
- Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

Einladung zu einer Führung in der Greifvogelstation Gut Leidenhausen

- Termin: Dienstag, 12. Juli 2022 um 10.45 Uhr
- Kosten: 3 Euro pro Person
- Anreisemöglichkeiten
- Mit dem Auto: A59 bis Köln-Porz/Wahn, Richtung Flughafen, 1. Ausfahrt, Beschilderung ‚Gut Leidenhausen‘ folgen. Vom Parkplatz etwa 10 Minuten zu Fuß am Wildgehege entlang zum Gut und zur Vogelstation.
- Fahrgemeinschaften wären gut (bitte bei der Anmeldung gesuchte oder freie Plätze im Auto mit angeben).
- Mit dem Bus: Buslinie 152, ab Köln-Mülheim, Wiener Platz, bis Haltestelle Eil, Heumarer Straße. Der Beschilderung ‚Erholungsgebiet Leidenhausen‘ folgen.
- Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

Kunst oder kriminelles Geschmiere

Bericht über den Besuch der Naegeli-Ausstellung im Schnütgen-Museum // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin** (Text & Fotos)



Ende der 70er/Anfang der 80er wurden die von Harald Naegeli gesprayten Figuren an Kölner Brücken, Kirchen, Parkhäusern ... als kriminelles Geschmiere identifiziert und von städtischen Reinigungsteams entfernt. Naegelis Graffiti von Skeletten und Totenschädeln entstanden nachts und wurden als Kölner Totentanz berühmt, da sie vor ihrer Vernichtung durch die Stadtreinigung von Fotografen, die den Künstler begleiteten, festgehalten wurden.

Doch wie kam der Schweizer Künstler nach Köln?

1977 begann Naegeli in Zürich seine ersten Strichfigurenzeichnungen an eine Mauer zu sprayen. Ihm waren die örtlichen Betonwände zu trist und die Illegalität seines Tuns egal. Er sprayte auf privaten und öffentlichen Wänden so ziemlich gegen alles an, was er in der vermögenden Schweiz sah: Spießertum und Saubermänner, Basler Chemiekonzerne, Umweltverschmutzung und Mantisierhaltung.

Seine Strichmännchen waren von hintergründigem Humor geprägt. Aber das sahen nicht alle so. Es hagelte Anzeigen gegen den nicht identifizierbaren Sprayer und ein Kopfgeld wurde ausgerufen. Nach zwei Jahren anonymer Graffitiarbeit ging Naegeli einer Zivilstreife ins Netz. Einer neunmonatigen Haftstrafe wegen Sachbeschädigung entzog sich Naegeli durch Flucht ins Rheinland – nach Köln.

Hier setzte der Sprayer seine künstlerische Arbeit fort. Leider existiert heute, Naegelis Totentanz bis auf wenige Ausnahmen nur noch in den historischen Fotografien. Von den über hundert Sprayzeichnungen an Kölner Brückenpfeilern, Kirchenportalen, Tiefgaragen und anderen alltäglichen Orten



der Stadt finden sich gerade noch drei. Dazu gehört das Skelett an der Westfassade der Kirche St. Cäcilien. Heute steht diese Zeichnung unter Denkmalschutz und wurde 1989 durch den Künstler erneuert.

Der Mann aus Zürich, dessen Inspiration die Strichmännchen des französischen Künstlers Gérard Zlotykamien waren, konnte interessanterweise auch anders. Weniger bekannt sind nämlich Naegelis Zeichnungen auf Papier, die im Museum Schnütgen gezeigt wurden, so z. B. die großformatigen, mystischen Tuschezeichnungen der ‚Urwolke‘ aus feinsten Federstrichen und Punkten. Inhaltlich ging es Naegeli dabei um die zeichnerische Utopie des kosmischen Raumes. Weiterhin waren 20 Blätter der ‚Apokalypse‘ mit dramatischen figürlichen Zeich-

nungen auf den zeitlos schwebenden Teilen der ‚Urwolke‘ zu bestaunen.

Harald Naegeli, der gerne als einer der Urväter der Graffiti-Kunst gepriesen wird, polarisiert bis heute. Bis 2019 lebte er abwechselnd in Zürich und Düsseldorf. Danach verlegte er seinen Lebensmittelpunkt endgültig in die Schweiz. Nach jahrelangen Bemühungen ging ein lang gehegter Wunsch des Street-Art-Pioniers in Erfüllung: Er durfte in den Türmen des Zürcher Großmünsters Skelette an die Mauern sprayen - und das mit behördlichem Segen. Dabei hat er die dafür festgelegten Regeln überschritten. Die Stadt Zürich verlieh ihm 2020 den Großen Kunstpreis für sein Lebenswerk, während der Kanton ihn wegen der nicht eingehaltenen Regeln verklagte.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG ZUR NEUWAHL DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTANDS AM 30. NOVEMBER 2022

Der Geschäftsführende Vorstand in Köln wird gemäß unserer Satzung alle zwei Jahre neu gewählt. Er leitet die laufenden gewerkschaftspolitischen, organisatorischen und finanziellen Geschäfte des Stadtverbands. Er führt die ihm vom Erweiterten Vorstand übertragenen Aufgaben durch und ist dem Erweiterten Vorstand sowie der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 gleichberechtigten Mitgliedern (gegebenenfalls Tandems), die ihre Aufgaben und Funktionen untereinander aufteilen.

**Die Wahlversammlung findet statt am
30. November 2022 um 17.30 Uhr im Kölner DGB-Haus,
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln.**

Jedes Kölner GEW-Mitglied hat das Recht zu kandidieren. Kandidat*innen müssen ihre Kandidatur spätestens bis zum 2. November 2022 schriftlich anzeigen (kontakt@gew-koeln.de) und eine schriftliche Einverständniserklärung für den Fall ihrer Wahl abgeben. Ein entsprechender Vordruck ist in der Geschäftsstelle oder per E-Mail erhältlich. Voraussetzung für eine Kandidatur: Sie müssen Mitglied im Stadtverband Köln sein und satzungsgemäße Beiträge entrichten. Der Wahlausschuss überprüft die Kandidaturen und leitet die Wahl.

Kandidat*innen können sich auf der Wahlversammlung vorstellen und dort befragt werden. Sie können dies auch bereits vorher auf unserer Webseite (www.gew-koeln.de) tun. Gewählt werden kann bei der Wahlversammlung selbst sowie per Briefwahl bis vierzehn Tage danach. Briefwahlanträge müssen bis zum Beginn der Wahlversammlung beim Wahlausschuss eingereicht werden (formlose E-Mail an kontakt@gew-koeln.de).

Die genaue Tagesordnung der Wahlversammlung, die Vorstellung der Kandidat*innen sowie der Rechenschaftsbericht des ausgehenden Geschäftsführenden Vorstands werden spätestens drei Wochen vor der Wahlversammlung via E-Mail und auf der Webseite des Stadtverbands veröffentlicht.

Es ist von Vorteil für die Arbeit der GEW, wenn sich die zentralen Arbeitsbereiche auch im Geschäftsführenden Vorstand widerspiegeln. Alle Fachgruppen, Ausschüsse und Arbeitskreise sind daher aufgefordert, über Kandidaturen zu beraten.

Der Wahlausschuss der GEW Köln